Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 290. Bromberg, Mittwoch den 16. Dezember 1925. **32. (49). Jahrg.**

Die polnische Liquidationspolitik.

In eigener Sache.

Bromberg, 15. Dezember. Durch Beschluß des Liquidationskomitees in Posen wurde über die Firma A. Dittmann G. m. b. H. in Bromberg, in deren Verlag die „Deutsche Rundschau“ erscheint, das Liquidationsverfahren eröffnet. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ist eine Liquidation nur dann zuläßig, wenn das betreffende Liquidationsobjekt am 10. Januar 1920 in reichsdeutschem Eigentum stand. Die Firma A. Dittmann G. m. b. H. war jedoch damals in ausschließlichem Besitz der Familie Dittmann, und sämtliche Famalienangehörigen, die als Gesellschafter eingetragen waren, besaßen am fraglichen Zeitpunkt und soweit sie nicht verstorben sind, noch bis zum heutigen Tage einwandfrei die polnische Staatsangehörigkeit, was ihnen durch verschiedene amtliche Dokumente bescheinigt wurde. Die Firma wurde bereits im Jahre 1869 von der Familie Dittmann begründet und sämtliche an der Gesellschaft beteiligten Familienangehörigen haben die polnische Staatsangehörigkeit gemäß den Bestimmungen der Wiener Konvention durch Geburt oder durch ihren Wohnsitz von mehr als vier Jahrzehnten erworben.

Die Durchführung der Liquidation über das Vermögen der Firma A. Dittmann G. m. b. H. ist daher rechtlich unmöglich, so daß in der am 9. Dezember überreichten Einspruchsschrift auf eine eigene Abschätzung des Liquidationsobjektes verzichtet werden konnte. Um keine Beunruhigung in der deutschen Bevölkerung unseres Landes aufkommen zu lassen, teilen wir diesen Tatbestand, der bisher mit Rücksicht auf die Liquidationsbehörden geheim gehalten wurde, der Öffentlichkeit mit, in der bestimmten Erwartung, daß das Verfahren, das rechtlich unhaltbar ist, unverzüglich eingestellt wird.

*

Das polnische Liquidationsverfahren, über dessen Einstellung am 16. Dezember von polnischer Seite durch den Leiter des Posener Liquidationskomitees, Prof. Winiarski, auf deutscher Seite durch den Ministerialdirektor Dr. Göppert in Berlin verhandelt wird, gründet sich auf die im Art. 92, Abs. 4, in Verbindung mit Art. 297 b, Abs. 1, des Versailler Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen. Sie stützt sich im Gegensatz zu dem Liquidationsrecht der anderen alliierten und assoziierten Staaten, das als eine Pfandhaft-Liquidation angesehen werden muß, auf den Willen der den Frieden diktierenden Entente, das „Unrecht“ der preußischen Ostmarkenpolitik, die gewaltsam und mit einer außerordentlichen Härte das polnische Volkstum im ehemals preußischen Teilgebiet zurückgedrängt haben sollte, „wieder gut zu machen“.

Über dieses „Unrecht“ und seine „Wiedergutmachung“ mögen folgende Ziffern Aufschluß geben: Von dem Gesamterwerb der preußischen Ansiedlungskommission, die ihre Güter ausschließlich auf dem Wege des freiwilligen Verkaufs, ohne zwangsweise Liquidation erworben hat, stammen etwa 71 Prozent aus deutscher und nur 29 Prozent aus polnischer Hand. Ihr steht die anfangs sogar mit preußischer Unterstützung über Wasser gehaltene Gegenarbeit der polnischen Parzellierungsgesellschaften entgegen, die umgekehrt nicht nur polnischen, sondern auch deutschen Besitz erwarben, so daß gerade in den Jahren der vermehrten Ansiedlungstätigkeit (1896—1912) **ein Gewinn des polnischen Grundbesitzes von 100 000 Hektar** zu verzeichnen ist. Es ist also eine völlige Umkehrung der Verhältnisse, wenn von einer „gewaltsamen“ Verminderung des polnischen Besitzstandes durch die preußische Ostmarkenpolitik gesprochen wird.

Die preußische Enteignungspolitik, die wir an dieser Stelle wiederholt verurteilt haben, wurde nur einmal im Jahre 1912 bei vier kleineren polnischen Gütern im Gesamtumfange von 1656 Hektar angewandt. Ihr steht — nur auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Grundbesitzes — die polnische Liquidationspolitik mit nicht weniger als 9000 anerkannten Liquidationsobjekten im Gesamtumfange von 194000 Hektar gegenüber. Nach den Erklärungen des Leiters des Posener Liquidationskomitees, Prof. Winiarski, wurde von diesem Areal bereits bis zum Ausgang des Jahres 1924 die Liquidation von 94 032 Hektar durchgeführt. Im Laufe des Jahres 1925 sind mindestens 6000 Hektar zu dieser Verlustsumme hinzugekommen, so daß diese sich jetzt auf mindestens 100 000 Hektar beläuft. Von den restlichen 94 000 Hektar wurden bereits 83 000 Hektar für die Liquidation qualifiziert, so daß für die weitere Arbeit des Liquidationskomitees nicht mehr als 10 000 Hektar zur Verfügung stehen dürften.

Wir fassen zusammen: **4 preußischen Zwangsenteignungen von insgesamt 1656 Hektar stehen 9000 polnische Liquidationsobjekte von insgesamt 194 000 Hektar gegenüber.** Die von Preußen enteigneten Güter wurden mit einer über den Marktpreis hinausgehenden Entschädigung abgegolten (man bezahlte 2119 Mark für den Hektar, während der Durchschnittspreis im freien Verkehr nur 1800 Mark betrug). Dagegen wurden die polnischen Liquidationsobjekte in weitestem Umfange nur zu einem Bruchteil ihres wahren Wertes eingeschätzt, was allein daraus hervorgeht, daß bei dem deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris schon bisher **Klagen wegen Nachforderungen in Höhe von 107 Millionen Goldmark anhängig gemacht** worden sind. Diese den polnischen Staatsschatz in gefährlicher Weise belastende Summe dürfte sich bei der restlosen Durchführung der Liquidation naturgemäß **auf das Doppelte erhöhen.**

Andere schädliche Folgen der Liquidation, zu denen vor allem die Verbitterung eines großen Nachbarvolkes zu rechnen ist, auf dessen gute Freundschaft der polnische Staat mehr denn je Wert legen muß, haben wir an dieser Stelle oft in Erinnerung gebracht. Auch namhafte polnische Politiker der für die politisch verderbliche Liquidationspolitik in erster Linie verantwortlichen Rechtsparteien haben darauf hingewiesen, daß es gefährlich ist, den Grundsatz der Unverletzbarkeit des Eigentums in offensichtlicher Weise zu verletzen. Wenn dies, wie wir in verschiedenen Fällen nachweisen können, nicht nur entgegen dem moralischen Recht, sondern auch dem formalen Recht der Wiener Konvention geschieht, **dann ist es doppelt an der Zeit, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung eingreift, und dem ganzen Liquidationsverfahren, das auf falschen Voraussetzungen beruht, ein Ende bereitet.**

Reichsdeutsche Gedanken

über die polnische Liquidationspolitik und den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

„Aus Warschau wird der „**Täglichen Rundschau**“ am 12. d. M. gemeldet: Der polnische Abgeordnete Diamand, Mitglied der polnischen Handelsvertragsdelegation in Berlin, erklärte in einem Interview über die gegenwärtige Wirtschaftslage des Staates, daß angesichts der in Locarno eingeleiteten Politik eine Auslandsanleihe in einem gewissen Maße von der Lage der Minderheiten im kreditsuchenden Staate abhängig sei. Europa stehe immer mehr unter dem Einfluß des Minderheitenschutzes. Auf den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg übergehend, betonte Abgeordneter Diamand seine üblen Wirkungen auf die Verschärfung der polnischen Wirtschaftskrise und erinnerte daran, daß Deutschland seinerzeit zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen sei, sofern sich Polen zu Konzessionen in der Frage der Optanten, der Liquidation deutschen Eigentums und der Niederlassung verstanden hätte — Konzessionen, die Polen heute zuzugestehen bereit sei. Grabski habe sich dem Terror der Heißsporne aus dem ehemals preußischen Teilgebiet gefügt, das dank dieser Politik großen Schaden erlitten habe und deshalb auch heute schon nachgibiger gesinnt sei.“ . . .

*

Die „**Deutsche dipl.-polit. Korrespondenz**“ nimmt zu diesen durchaus entgegenkommenden Äußerungen Diamands und einem Auffatz, den er in der „Germania“ erscheinen ließ, und in dem er von „psychischen Hindernissen“ deutscherseits sprach, folgendermaßen Stellung:

„Aber selbst wenn dieser Gedankengang des Abg. Diamand, der sich unzweifelhaft auch schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen ernstlich und ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung in seiner Heimat für die Verständigung eingesetzt hat, akzeptiert werden könnte, bleibt die Tatsache bestehen, daß die von ihm angekündigten polnischen Zugeständnisse bisher in bindender Form und den zuständigen deutschen Stellen gegenüber nicht gemacht worden sind.

In der Frage der **Optanten** ist allerdings kurz nach der Locarno-Konferenz die Durchführung der Ausweisungen von der polnischen Regierung sistiert worden. Aber diese Konzession an den Geist der Versöhnung und an die Forderungen der Menschlichkeit ist für Deutschland dadurch von Polen selbst fast im gleichen Augenblick wieder ziemlich entwertet worden, daß in einer Regierungserklärung die Einstellung der Ausweisungen als eine nur „vorläufige“ erklärt worden ist. Es hängt also das Damoklesschwert der Ausweisung noch immer und unvermindert über den in Polen verbliebenen Optanten, und ihre Lage ist noch dadurch bedenklicher geworden. Einen Wert im Sinne einer psychischen Entlastung würde diese polnische Konzession also erst durch ihre Festsetzung als endgültige Maßnahme erhalten.

Anders würde es um die Frage der **Liquidation deutschen Eigentums stehen.** Wenn hier in der Tat, wie das Abg. Diamand in seinem Interview erklärte, Polen zu den seinerzeit deutscherseits geforderten Zugeständnissen bereit ist, so würde das eine wesentliche, über den gegenwärtigen Stand der Optantenfrage hinausgehende Erleichterung für eine deutsch-polnische Verständigung bedeuten. Leider liegt aber bisher bei den zuständigen deutschen Behörden keine wieimmer geartete polnische Erklärung in diesem Sinne vor, so daß vorläufig jedenfalls die erwähnte Erklärung Diamands den einzigen Anhaltspunkt für dahin gehende polnische Intentionen in der Liquidations- und Niederlassungsfrage darstellt.“

„Wir können also — so fährt die „**Tägl. Rundschau**“ fort — „beim besten Willen eine Beseitigung der Hemmungen nicht feststellen. Wir glauben es Herrn Diamand gerne, daß er die Hemmungen fortschaffen möchte, noch aber herrscht in Polen nicht der Geist von Locarno, sondern der des Westmarkenvereins. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß just zu der Zeit, da in Locarno verhandelt wurde, der „Monitor Polski“ die Liquidation von 371 deutschen Gütern publizierte. Wie wenig die Polen daran denken, sich mit uns auf einen freundlichen Fuß zu stellen, zeigt auch ein Aufsatz in der „**Frankfurter Zeitung**“, in dem es heißt:

„Bekanntlich wurden in Warschau zu Beginn des Septembers Verhandlungen über die Einstellung der Liquidierung deutschen Eigentums in Polen geführt. Die Verhandlungen scheinen nicht aussichtslos zu sein. Sie sollen am 16. Dezember in Berlin fortgesetzt werden. Während also die Verhandlungen noch schweben, benutzen die Polen die Zwischenpause, um soviel Güter wie möglich noch zu liquidieren, **selbst wenn über die** polnische Staatsbürgerschaft der Eigentümer noch gerichtliche Verhandlungen im Gange sind. Am schlimmsten liegt der Fall von zehn deutschen Frauenvereinen in Pommerellen, die sich die Fürsorge für das Krankenwesen und Erziehung zur Aufgabe gesetzt haben. Das Pariser Schiedsgericht, dem solche Fälle unterliegen, entschied, daß das Liquidationsverfahren vorläufig einzustellen sei. Trotzdem erklärte das polnische Liquidationsamt die Liquidierung der Grundstücke dieser Vereine. Es ist klar, daß dieses unglaubliche Vorgehen sehr ungünstig auf die Verhandlungen einwirken muß, und es entsteht die Frage, ob überhaupt Verhandlungen mit einem sich derartig verhaltenden Partner noch irgendwelchen Zweck haben.“ —

Wir können uns mit diesen Äußerungen von reichsdeutscher Seite aus begreiflichen Gründen nicht in vollem Umfange identifizieren, glaubten sie jedoch, da es sich dabei um Kommentare aus sehr maßgeblicher und einflußreicher Quelle handelt, unseren Lesern nicht verschweigen zu dürfen.

Amerika und Polen.

Im ersten Jahre der polnischen Unabhängigkeit, als eben erst viele Gevattern und Freunde das Wunderkind aus der Taufe gehoben hatten, brauchte Herr Paderewski nur einmal leicht in die Saiten zu greifen, um kleinere und größere Goldströme aus Dollarien und anderen gesegneten Gefilden in das Land der Weichsel zu leiten. So bringt der Weihnachtsmann den ersten Anfängern des Lebens seine Gaben, auch wenn sie ihm noch nicht ihr Sprüchlein hersagen und mit lobenswerten Erfolgen ihrer Lebensarbeit glänzen können. Wenn die Kinder größer werden, und mit sieben Jahren anfangen, in die Schule des Lebens zu gehen, die nicht immer so gut schmeckt, wie das Zuckerzeug der Patentanten, dann setzt auch der Weihnachtsmann eine Magistermiene auf und will sich durch den Augenschein davon überzeugen, daß die Kinder auch brav und fleißig gewesen sind, um die Wunder des Christkindes erfahren zu dürfen.

So erinnerte sich unlängst auch Onkel Sam, der viele Säcke mit Dollarscheinen vollgespickt hat, seiner Verpflichtungen zum Heiligen Nikolaustage und sandte einen gewaltigen amerikanischen Bankherrn als Knecht Ruprecht über den großen Teich nach Warschau, wo dieser u. a. auch mit dem dortigen Korrespondenten des „**Kurjer Poznański**“ zusammentraf, mit dem er eine höchst lehrreiche und aufschlußreiche Unterredung hatte.

Der Korrespondent fragte: In welchem Maße kann Polen auf den Zufluß amerikanischer Kapitalien rechnen? Warum sind die bisherigen Kredite so lächerlich gering und so schwer im Vergleich zu den Krediten, die ihr den Deutschen gewährt?

Die Antwort lautete: Polen hat für uns, und wie ich annehme auch für Westeuropa, zwei Gesichter: ein wirtschaftliches und ein politisches. Ich werde zuerst von dem ersten sprechen. Ihr habt es zuerst in alle Welt ausposaunt, und das ist auch eure Ansicht, daß eure natürlichen Reichtümer sehr groß sind, daß sie euch nicht nur vollständig genügen, sondern daß ihr einen Teil sogar ins Ausland ausführen könnt. Das hat uns sehr interessiert. Wir begannen zu untersuchen, ob es wahr sei. Es erwies sich, daß ihr wirklich soviel habt, um mit vielem selbst auszukommen, und daß ihr sogar einen Teil eurer Reichtümer verkaufen könnt. Aber in der Praxis erweist es sich anders. Ihr könnt ausführen und führt nicht aus, und wenn ihr etwas verkauft, so könnt ihr das

nicht ohne deutsche Vermittlung

tun, ohne einen solchen Kollekteur eurer Exportinteressen, wie er für euch Hamburg ist.

Infolgedessen sind wir in Amerika zu der Überzeugung gelangt, daß Polen für uns nur ein kleines wirtschaftliches Objekt ist, mit dem direkte Handelsbeziehungen sehr schwierig und kompliziert sind, durch Schwierigkeiten nur von eurer Seite. Ihr seid im Punkte des ausländischen Handels noch schreckliche Hinterwäldler, ungeheuer naiv und betrachtet die Handelsbeziehungen mit den Augen des Mittelalters. Ihr begreift weder die Handelspsychologie des großen amerikanischen Staates, noch versteht ihr es, euch dem westeuropäischen Handel anzupassen.

Ich werde hierfür zwei Beispiele liefern: Eine Möbelfirma aus eurem Pommerellen hat durch ihren Vermittler mehrere Unternehmen in Chicago für ihre Stühle interessiert. Der Vermittler erhielt nach Vorlegung eines Kataloges mit den Modellen dieser Stühle und den Preisen eine sofortige Bestellung auf 10 000 Stühle, weil bei uns ein Produkt sofort massenhaft auf den Markt geworfen werden muß, wenn es Erfolg haben soll. Der Vermittler erwiderte, bei euch im Lande sei kein Geld vorhanden, wir gaben ihm daher Bargeld und eine weitere Bestellung auf 100 000 Stühle. Der Vermittler telegraphierte an die pommerellische Firma, erhielt jedoch keine Antwort. Er fuhr selbst. Dort wurde ihm gesagt, die Firma könne eine so große Bestellung nicht ausführen, es sei zu schwierig, sich zu diesem Zwecke mit anderen Firmen zusammenzutun und als er darauf bestand, da lachte man ihn aus und sagte: „Wenn unsere Stühle in Amerika so gefallen, so wird man dort jede Anzahl nehmen, selbst die geringste und gerade weil man sie gebraucht, so wird man uns noch besser bezahlen.“ Aber „gerade“ bei uns in Amerika ist es anders. Man kann das Interesse und ihre Erfordernisse nicht befriedigen, wenn man die Produkte nicht auf den Markt wirft. So wurden die Bestellungen und die Vorschüsse rückgängig gemacht. Die pommerellische Firma lachte nicht mehr, aber wir.

Ein zweites Beispiel sind unsere Tabaktransaktionen. **Ist Ihnen bekannt, daß Sie für unseren Tabak doppelt so viel bezahlen wie jedes andere Land in Europa?** Ihr kauft mit riesigem Verlust. Das Geheimnis liegt in der Organisation eurer Einkäufe: Wir verdienen jedoch nicht an eurem Verlust, im Gegenteil, wir schimpfen und ärgern uns über eure Ordnung und Verordnungen, denn der Gewinn geht nicht in unsere Taschen und auch nicht in euren Staatsschatz. Das macht uns mißvergnügt, da wir selbst sehen, daß unser Tabak nicht durch unsere Preise bei euch so teuer ist und daß er deswegen nicht in einer solchen Menge nach Polen gehen kann, wie es sein könnte.

Kehren wir jedoch zu grundsätzlichen Tatsachen zurück. Ihr habt uns in Amerika mit eurer russischen Nachbarschaft interessiert und mit eurem Selbstlob, daß ihr den russischen Markt von allen Nationen am besten kennt, daß ihr also dem Handel des Westens mit Rußland unschätzbare Dienste leisten könnt. Was hat sich indessen auch nach der Prüfung dieser Seite eures wirtschaftlichen Gesichtes gezeigt? Trotz der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, die wir nicht haben, trotz einer tausende von Kilometern betragenden Grenze handelt ihr mit Rußland weniger, als irgend jemand auf der Welt. Auch in dieser Beziehung habt ihr uns unnötig — geblufft.

Wir wollen jetzt zur Frage der Kredite übergehen. Sie können aus den angeführten Rücksichten grundsätzlich nicht groß sein, sie müssen „räudig“ sein, wie sich jemand bei euch drastisch ausgedrückt hat, aber trotzdem könnt ihr die Kredite — ich wiederhole, nicht große — bei uns in Amerika erlangen. Aber nicht wegen eures wirtschaftlichen Wertes. Ihr gebt keine genügenden Garantien. Ihr könnt sogar euer eigenes Staatsbudget nicht ausgleichen und den eigenen Mitteln anpassen. Für Löcher eures Budgets wird euch aber niemand bei uns Kredit geben, das ist schon eure Sache, das muß schon eure eigene, wenn auch noch so primitive Wirtschaft in Ordnung bringen.

Ihr könnt bei uns Kredite erlangen hauptsächlich wegen eurer politischen Physiognomie. Hier kann man unsere amerikanischen Banken in zwei Kategorien einteilen: 1. jüdisch-katholische Banken, 2. christlich-freimaurerische Banken. Sie lachen. So ist es indessen. Eure bisherigen amerikanischen Anleihen stammen von der ersten Gruppe, der jüdisch-katholischen. Ihr habt kleine und beschwerliche Kredite aus dieser Quelle erhalten und deshalb, weil ihr so viele Juden in Polen habt. Das jüdische Element bei euch verursacht das Interesse dieser Gruppe von Banken bei uns. Wenn ihr z. B. den jüdischen Handelsboykott bei euch verkünden wolltet, so könnte ihr sicher sein, daß ihr von Dillon, Loebe u. a. unserer Bankiers nicht einen Dollar erhalten würdet. Die zweite Gruppe unserer Banken, die christlich-freimaurerische, viel bedeutender in ihren Mitteln, hat euch bis jetzt nichts gegeben. Das Los der Juden in Polen interessiert sie nicht. Dagegen könnte sie euch bedeutendere Kredite als die erste Gruppe gewähren, und zwar gleichzeitig aus politischen Gründen, aber anderen. Hauptsächlich wegen eures Verhältnisses zu Rußland. **Wenn ihr dem Antisowjetblock beitretet, so ist es gut, wenn nicht, so erwartet von ihr keine Kredite.** Aber selbst im Falle der Bereiterklärung dieser Gruppe, zu welcher insbesondere die bei euch bekannten Morgan und Rockefeller gehören, so würdet ihr eher Kredite von derselben via London als direkt erhalten.

Ich bitte noch eins zu berücksichtigen. Nach unseren Informationen aus Berlin ... Aus Berlin? fragte interessiert der Korrespondent ... **Natürlich, aus Berlin erhalten wir, wie wir uns überzeugt haben, die besten Informationen über die Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa.** Und nach unseren Berliner Informationen wäre es eine Dummheit von amerikanischer Seite, euch unsere Kredite zu geben ohne Sicherheit durch eure staatlichen Unternehmen, mit denen ihr zwar schlecht wirtschaftet, die jedoch eine gewisse Einnahmequelle sein könnten. Außerdem könnte man euch Kredit erteilen nur auf drei Sachen: erstens Zucker, zweitens Petroleum, drittens kulturelle Erfordernisse, Elektrisierung, Kanalisierung usw.

Warum?

Weil — erwiderte mit olympischer Ruhe der Amerikaner — uns von den allerkompetentesten Berliner Kreisen versichert wird, daß nur diese drei Teile eurer Wirtschaft während der deutschen Okkupation geschont werden. Andere Zweige werden vernichtet als konkurrierend mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands.

Sprechen Sie ernsthaft? fragte der Korrespondent.

Ganz und gar im Ernst, wir müssen doch eure geographische Lage berücksichtigen und den entschiedenen Willen Deutschlands, Polen zu erdrücken.

So sagte mir, schließt der Korrespondent des „Kurjer Poznański“ seine Wiedergabe des Gesprächs, der hervorragende amerikanische Finanzier. Es wird gebeten, hieraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Koch bildet das Reichskabinett.

Berlin, 14. Dezember. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den früheren Reichsminister Dr. Koch (Dem.) zu einer Besprechung über die zurzeit gegebene politische Lage und die Regierungsbildung. Er richtete hierbei an Dr. Koch das Ersuchen, auf der Grundlage der Großen Koalition die Regierungsbildung zu übernehmen. Minister Dr. Koch erklärte sich zur Annahme dieses Auftrages bereit.

Dr. Koch erklärt über die Gründe, weshalb er den Auftrag angenommen hat: „Ich habe den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung des Kabinetts angenommen, weil ich die alsbaldige Bildung einer Mehrheitsregierung für eine Notwendigkeit ansehe, und es nicht genügt, den Gedanken der Großen Koalition nur zu empfehlen, sondern, weil es darauf ankommt, sich dafür mit der Tat einzusetzen. Es ist erforderlich, die Hindernisse klarzustellen, die sich ihr entgegenstellen und alles daran zu setzen, sie zu überwinden.“

Man wird abwarten müssen, ob es Herrn Koch gelingen wird, die der Großen Koalition bisher noch im Wege stehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Mißklang in der polnischen Koalition.

Nach Moraczewski — auch Moskalewski.

Warschau, 14. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der Minister für öffentliche Arbeiten Moraczewski hat in einem zweiten Schreiben an den Ministerpräsidenten Skrzyński sein Demissionsgesuch wiederholt. Der Minister gibt als Grund seiner Demission den Umstand an, daß er krank sei und nicht amtieren könne, darum wolle er auch kein Gehalt als Minister beziehen. In Wirklichkeit will der sozialistische Minister nicht aus Gesundheitsgründen, sondern wegen der Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen ihm und dem Finanzminister Zdziechowski ergeben haben, zurücktreten.

*

Warschau, 14. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der Sparsamkeitskommissar Moskalewski hat, wie wir erfahren, seine Demission eingereicht. Die Annahme der Demission hängt davon ab, ob die außerordentliche Sparsamkeitskommission aufrechterhalten werden wird oder nicht.

Die Sparsamkeit im Heeresetat.

Statt Bohnenkaffee — Gerstenkaffee.

Warschau, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an das Exposé, das kürzlich der Kriegsminister Zeligowski in der Sitzung der Militärkommission des Sejm hielt, stellten einige Abgeordnete an den Minister verschiedene Anfragen.

U. a. wurde der Antrag gestellt, den Soldaten statt **Bohnenkaffee fortan gebrannten Gerstenkaffee** zu geben. Dies würde eine Ersparnis von 3½ Groschen bei jeder Portion ausmachen. Bei 40 Millionen Portionen allein im Bereich des Korpskommandos in Krakau würde dies eine jährliche Ersparnis von 1½ Millionen Złoty ergeben. Übrigens müßte man den Gerstenkaffee auch aus Gesundheitsgründen einführen. Die Soldaten hätten bisher auch ohnedies nie reinen Kaffee erhalten; die Lieferanten hätten den Bohnenkaffee mit Gerste oder anderen Surrogaten gemischt.

Ein Antragsteller wies darauf hin, daß der Kommandant der Posener Zitadelle sechs Arbeiter entlassen und statt ihrer einen ausgedienten General angenommen habe, der nicht allein die Löhne der Arbeiter, sondern auch seine Pension beziehe, wobei er natürlich nicht die Arbeiten der Arbeiter verrichte, sondern als Aufsichtsbeamter tätig sei. Letzthin seien wiederum einige Arbeiter entlassen und an deren Stelle Beamte eingesetzt worden, die reduziert werden sollten. Diese Beamten erhalten jetzt die früheren Löhne der Arbeiter, verrichten aber nicht deren Arbeit, sondern werden weiter als Beamte beschäftigt.

Eine dritte Anfrage besagt, daß kürzlich im Posener Arsenal Feuer ausgebrochen war. Dort steht eine Wache; den Schlüssel zu dem Arsenal besitzt jedoch nicht der Führer der Wache, sondern ein Hauptmann, der außerhalb des Arsenals wohnt. Als das Feuer ausgebrochen war, begann man, diesen Hauptmann in der ganzen Stadt zu suchen, um von ihm die Schlüssel zu bekommen. Man fand ihn jedoch nicht. Statt seine Wohnung aufzubrechen, in der sich die Schlüssel befunden haben, wurden sämtliche Türen des Arsenals aus den Angeln gehoben.

Sehr charakteristisch war die Anfrage des Abg. Wichliński (Chr. Demokrat), aus der hervorgeht, daß bei verschiedenen Regimentern ein Übermaß von Offizieren geführt wird. So nannte er ein Regiment, dem nicht weniger als 120 Offiziere angehören.

Abg. Siecinski: „Ist es wahr, daß in unserem Stabe 1200 Offiziere arbeiten, während in anderen Ländern höchstens 600 Offiziere die Arbeit verrichten?“

Abg. Anusz: „Ist es wahr, daß die Heilung eines Pferdes im Kommando Brest 6000 Złoty erfordert, die Reparatur eines Autos mehr als ein neues Auto, daß 1 Kilo Brot im Heere 60, auf dem Markte aber nur 30 Groschen kostet?“

Der Minister versprach, auf diese Fragen in der nächsten Sitzung zu antworten.

Polen und die Türkei.

Genf, 14. Dezember. Der türkische Außenminister Tewfik Ruhdi Bey hat dem Korrespondenten der Polnischen Telegraphen-Agentur gegenüber folgendes ausgeführt: Die Türkei führt in der Mossulfrage keine Politik der Unnachgiebigkeit, sondern verteidigt einzig und allein die ihr zustehenden Rechte. Jede vernünftige Vermittelung des Völkerbundrates werden wir gern annehmen, aber bisher haben wir noch keine vermittelnde Tätigkeit feststellen können. Die Anerkennung des Arbitragegrundsatzes durch den Völkerbundrat ist für uns unannehmbar, weil wir keine Vollmachten zu irgendwelchen Verhandlungen in dieser Frage haben. Über die polnisch-türkischen Beziehungen befragt, antwortete der türkische Außenminister folgendes: Die polnisch-türkischen Beziehungen sind gut, und zwar nicht nur infolge der heutigen gegenseitigen Sympathie, sondern auch wegen der früheren historischen polnisch-türkischen Freundschaft. Es dürfte wohl das einzige Beispiel in der Geschichte sein, daß unsere zwei Nationen, welche sich früher zwar bekämpft haben, jetzt durch Sympathie, Achtung und Freundschaft verbunden sind. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, weil wir uns stets einer Verständigung und Ritterlichkeit befleißigt haben. Diese historische Tradition müßte einen entsprechenden Nachklang in der Politik unserer beiden Staaten haben. Über die wirtschaftlichen polnisch-türkischen Beziehungen bin ich gegenwärtig nicht genügend unterrichtet, aber ich glaube, daß einer Entwickelung dieser Beziehungen nichts im Wege steht.

Republik Polen.

Linde im Stubenarrest.

Warschau, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Finanzminister und spätere Präses der Postsparkasse, Hubert Linde, wurde wegen der skandalösen Unregelmäßigkeiten bei der Sparkasse gestern in Stubenarrest genommen. Er soll gegen eine Kaution von 250 000 Złoty wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Die Wahlen im Klub der Christlichen Demokratie.

Warschau, 12. Dezember. Am Donnerstag fanden die Wahlen im Abgeordnetenklub der Christlichen Demokratie statt. Zum Präses wurde der Abg. Józef Chacinski wiedergewählt, die Wahl zum ersten Vizepräses fiel auf den Abg. Karol Holeksa, die des zweiten Vizepräses auf den Abg. Michael Kwiatkowski, und zum dritten Vizepräses wurde der Abg. Ludomir Czerniewski wiedergewählt. Aus der Wahl der Mitglieder der politischen Kommission des Klubs gingen hervor: Wojciech Korfanty, Pfarrer Zygmunt Kacinski, Michał Wichlinski, Taddeusz Błażewiewicz und Pawel Romockt.

Die Arbeitslosenziffer in Polen.

Warschau, 15. Dezember. PAT. Nach der Aufstellung des staatlichen Arbeitsvermittlungsamts weist der Arbeitsmarkt in der Zeit vom 28. November bis zum 5. Dezember 261 851 Arbeitslose auf. Gegenüber der Vorwoche ist die Zahl der Arbeitslosen somit um 12 185 Personen gestiegen.

Aus anderen Ländern.

Der neue Präsident von Portugal.

Lissabon, 14. Dezember. Zum Präsidenten der Republik ist mit 48 gegen 12 Stimmen Bernardino Machado gewählt worden.

Der heilige Krieg.

Nach amtlichen Meldungen hat der Sultan Atrasch einen Aufruf erlassen, durch den das Säen von Wintergetreide verboten wird, damit alle Männer von 20 bis 60 Jahren die Reihen der Drusenkämpfer füllen könnten. Die Scheichs haben ebenfalls Bekanntmachungen erlassen, in denen jedermann mit der Ausstoßung aus der islamitischen Glaubensgemeinschaft gedroht wird, der sich nicht an dem Kriege beteiligt.

Sowjet-Sibirien.

Am 4. Dezember hat in Sibirien, in Nowo-Nikolajewsk, die erste Tagung des 1. Sibirischen Sowjetparlaments begonnen, das aus der Hand des seit sechs Jahren bestehenden Revolutionskomitees die Landesverwaltung übernimmt. Steuernachlässe und Begnadigungen sind das äußere Zeichen des Beginns einer neuen Zeit für Sibirien. Sein Gebiet umfaßt 35 Millionen Quadratwerst mit acht Millionen „werktätigen Wahlberechtigten“, davon nur 35 000 Industriearbeiter. Es zerfällt nach der für die Zukunft verbindlichen Neueinteilung in 16 Provinzen von verschiedener Größe (von 37 000 bis 1½ Millionen Quadratwerst). Außer den Provinzen gibt es ein autonomes Gebiet der Orjaten und das Gouvernement Irkutsk. Das Sibirien jenseits des Baikal-Sees ist das Gebiet des Fernen Ostens. Die Neueinteilung fußt, wie heute überall in Rußland, auf der Dreigliederung: Dorf-, Provinz- und Gebietsrat.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 15. Dezember.

Fraktionssitzung der Deutschen Stadtverordneten-Fraktion für das neue Stadtparlament.

In einer von Stadtverordneten Pommerenke als zurzeitigem stellvertr. Vorsitzenden der deutschen Stadtverordnetenfraktion einberufenen Sitzung konstituierte sich gestern die deutsche Fraktion für die neue Stadtverordnetenversammlung. Zum Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Spitzer, zum stellvertretenden Vorsitzenden Stadtv. Pommerenke, zum Schriftführer und Stellvertreter die Herren Jendrike und Wilm gewählt. Es wurden sodann Vorschläge für die Besetzung der Kommissionen und Deputationen aufgestellt. Auch wurde beschlossen, entsprechend der Stärke der deutschen Fraktion darauf zu dringen, daß zu einem der Vertreter des Stadtverordnetenvorstehers ein Mitglied der deutschen Fraktion gewählt wird.

Es wurde hierauf die Frage der Bestätigung von Rechtsanwalt Spitzer zum Stadtrat erörtert. Die Versammelten waren einmütig darin, daß die Verschleppung dieser Angelegenheit durch die Aufsichtsbehörde eine schwere Brüskierung der deutschen Bevölkerung der Stadt bildet, und es wurde beschlossen, auch weiterhin mit größtem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß das berechtigte Interesse der deutschen Bevölkerung an der Beteiligung bei der Verwaltung der Stadt, das selbst die polnischen Parteien durch die Wahl anerkannt haben, endlich seine Berücksichtigung finde.

Es wurde hierauf der Voranschlag für den Stadthaushalt erörtert und beschlossen, in jeder Weise auf Reduktion des Budgets hinzuwirken. Grundsätzlich sei eine Verminderung um 25 Prozent zu fordern.

Das Urteil im Bromberger „Hochverratsprozeß“.

Bromberg, 14. Dezember. In dem „Hochverratsprozeß“ gegen Krüger und Genossen wurde gestern vormittag die Verhandlung wieder aufgenommen. Die von Amtswegen berufenen Verteidiger stellten sich auf den Standpunkt, daß man es hier, nach dem Gutachten des Psychiaters aus Dziekanka, mit einem degenerierten Menschen zu tun habe, und die evtl. Äußerungen des Angeklagten nicht ernst zu nehmen seien, daß ferner diejenigen auf die Anklagebank zitiert werden sollten, die den ganzen Prozeß in die Wege geleitet haben.

Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage aufrecht und beantragte gegen Krüger eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, gegen Jan Dombrowski 2 Jahre, gegen Gniot 14 Monate und gegen die Gniackowska und Władysława Dombrowska je 12 Monate Gefängnis.

Gegen 8 Uhr abends wurde das Urteil gefällt. Es lautete: gegen den Hauptangeklagten Krüger wegen Verbrechens aus § 86 (Hochverrat) auf 3 Jahre Zuchthaus, wegen Vergehens aus § 177 (Vergehen gegen die Sittlichkeit) auf 1½ Jahre Zuchthaus, wegen Vergehens aus § 166 (Gotteslästerung) auf 2 Jahre Gefängnis, und schließlich wegen Vergehens aus § 213 (Aufreizung zum Totschlag) auf 1 Jahr Gefängnis. Zusammengezogen wurden diese Strafen auf 6 Jahre Zuchthaus, unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Jan Dombrowski wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 2 Monaten Festung verurteilt, die Gniackowska und Władysława Dombrowska zu je 170 zł Geldstrafe aus § 186 (Beleidigung), Gniot wurde freigesprochen.

* **Die Weihnachtsferien** der Schulen beginnen diesjährig am 22. d. M. und endigen am 3. Januar (Schulschluß am 21. und Schulbeginn am 4. Januar).

§ **Die Tollwut in der Wojewodschaft Posen.** Nach Mitteilungen der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft herrschte in der Zeit vom 16. bis 31. Oktober d. J. die Tollwut in 25 Kreisen, 65 Gemeinden und auf 74 Gehöften, und zwar (die erste Zahl drückt die Anzahl der verseuchten Gemeinden, die zweite die der verseuchten Gehöfte aus): Bromberg 5, 6, Kolmar 8, 9 Czarnikau 1, 1, Gnesen 4, 4, Gostyn 2, 2, Inowrocław 1, 1. Jarotschin 1, 1, Kempen 1, 1, Krotoschin 1, 1, Mogilno 1, 1, Neutomischel 1, 1, Obornik 2, 2, Adelnau 4, 4, Ostrowo 1, 1, Posen 2, 3, Schmiegel 1, 1, Schrimm 1, 1, Schroda 2, 3, Strelno 3, 5, Schubin 3, 3, Wongrowitz 3, 3, Witkowo 5, 6, Wirsitz 7, 7, Wreschen 4, 5 und Znin 1, 2.

§ **Ermittelt** wurden die Schweinediebe, die, wie gemeldet, einem Besitzer aus Brahnau zwei fette Schweine ausgeführt und eins davon abgeschlachtet hatten. Als sie dabei waren, auch das zweite zu „befördern“, wurden sie ertappt und festgenommen. Es handelt sich um einen Jan Stryczeck, wohnhaft auf dem Dampfer „Emilie“, einen Kaliszewski aus der Posenerstraße und einen Hermann Schlieter in Schwedenhöhe.

§ **Diebstähle.** Einer Frau Goba aus dem Kreise Bromberg wurde in einem Geschäft am Wollmarkt ein Mantel gestohlen. — Ein größerer Diebstahl wurde bei einem Herrn Poznański, Schwedenstraße (Podgórna) 9a, verübt. Aus seiner Wohnung wurden 800 Złoty bar und noch wertvolle Sachen entwendet, die von dem Bestohlenen auf über 1000 Złoty beziffert werden.

§ **Festgenommen** wurden gestern fünf Landstreicher, drei Diebe und ein Betrunkener.

* * *

* **Lindenbrück, Kr. Znin**, (Dziewierzewo), 13. Dezember. Am gestrigen Sonntag feierte die hiesige evangelische Kirchengemeinde ihr 20jähriges Kirchweihfest in besonders festlicher Ausgestaltung, verbunden mit einer Feier des Jungfrauenvereins. Zu Beginn des Festgottesdienstes zog die stattliche Schar der jungen Mädchen mit Kränzen geschmückt unter Gesang in die Kirche ein. Die Gemeinde nahm beim dritten Verse den Gesang des Adventsliedes auf. Die Festpredigt des Ortsgeistlichen über das Prophetenwort Jesaja 40, 1—8, stellte die Erlebnisse des Gotteshauses in den verflossenen 20 Jahren in das Licht göttlicher Weltregierung und wies hin auf die Verheißung göttlichen Beistandes. Kirchenältester Direktor Weiß-Wapno hielt einen Vortrag über die Einweihung der Kirche am 18. Dezember 1905 und ihre wechselvolle Geschichte. Er mahnte zu treuem Aushalten und Zusammenhalten. Kirchenältester Administrator Delzer-Ruschetz verlas eine Botschaft des einstigen Pfarrers der Gemeinde Superintendent Diestelkamp. Nach Posaunenklängen und mehrstimmigen Chören des Jungfrauenvereins erfolgte die feierliche Überreichung des Verbandskreuzes an 22 Mitglieder des Vereins, die nach einjähriger Mitgliedschaft das Abzeichen erhielten. Mit dem Siegesmarsch aus Händels „Judas Makkabäus“ klang die Geburtstagsfeier des Gotteshauses weihevoll aus.

ak. **Nakel** (Nakło), 12. Dezember. Auch in diesem Jahre sollen die Armen und Bedürftigen unserer Stadt am Christfeste erfreut werden. Der deutsche Frauenverein bemüht sich seit Wochen um milde Gaben, und

Pommerellen.

Schutzverband selbständiger Kaufleute in Graudenz.

In der am Sonnabend stattgehabten Mitgliederversammlung wurden von dem Vorsitzenden der Steuerkommission, Dr. Gramse, die Abänderungen des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes erläutert. Im Anschluß daran entwickelte sich über einzelne Bestimmungen eine lebhafte Diskussion. Zur Anmeldung der Gewerbepatente müssen die vorgeschriebenen Formulare verwendet werden, die in der Versammlung verteilt und deren Ausfüllung von dem Vorsitzenden, Herrn Arnold Kriedte, erklärt wurde. Diese Formulare können auch im Geschäftszimmer, Mickiewicza 15, abgeholt werden, wo eine Übersetzung des polnischen Textes eingesehen werden kann. Es wurde vor allen Dingen auf die schweren Strafen hingewiesen, die bei Versäumnis der Fristen für Anmeldung des Gewerbepatentes und der Deklarationen angesetzt sind. Zu den neuen Verordnungen über Preistreibereien nahm die Versammlung durch einstimmige Annahme einer Erklärung Stellung. Diese wird dem Ministerium für Handel und Gewerbe in Warschau und der Wojewodschaft in Thorn in Form einer Eingabe überreicht, und eine Abschrift dieser Eingabe wird der Polizeibehörde und der Handelskammer übersandt werden. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die neuen amtlichen Veröffentlichungen, daß wegen Preistreiberei vorgegangen werden soll, haben in allen kaufmännischen und gewerblichen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen, weil die Kaufmannschaft und das Gewerbe durch die frühere Handhabung der Wuchergesetze bei der Inflation verarmt sind, während die wirklich notleidenden Kreise keinen Vorteil davon gehabt haben. Wir erheben gegen die Beschuldigung, daß der ordnungsmäßige Kaufmann und Gewerbetreibende Wucher treiben, ganz entschieden Protest. Handel und Gewerbe liegen vollständig danieder, die steuerlichen Verpflichtungen sind so drückend und die Konkurrenz ist so groß, daß jeder Kaufmann gezwungen ist, so billig wie möglich zu verkaufen, oft sogar ohne jeden Verdienst, nur um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die Verordnung über Preisschilder an Waren des täglichen Bedarfs, die den schon jetzt sehr schwierigen Geschäftsbetrieb noch mehr erschwert, dürfte deshalb nur angebracht sein, wenn ein Warenmangel besteht. Es ist aber ein Warenüberschuß vorhanden, weil die Käufer fehlen. Aus allen diesen Gründen werden, wie bisher, alle aus Polen mit Złoty berechneten Waren ohne Preisaufschlag verkauft.

Viele Fabrikanten in Polen haben jedoch, weil sie einen Teil oder alle Rohprodukte aus dem Auslande beziehen müssen, entweder mit einer wertbeständigen Währung oder mit einem steigenden Teuerungszuschlag berechnet. Es ist selbstverständlich, daß diese Berechnung nicht nur bei den im Auslande sondern auch bei den aus Polen bezogenen Waren bei dem Verkauf an das Publikum zum Ausdruck kommt, denn der Kaufmann muß, um überhaupt bestehen zu können, den Beschaffungswert und den angemessenen Verdienst in Anrechnung bringen. Trotzdem werden die Kaufmannschaft und das Gewerbe bei einem sprunghaften Fallen und Steigen des Złoty soviel Verluste erleiden, daß sie nicht nur das ganze Jahr umsonst gearbeitet haben, sondern auch von dem jetzt schon so geringen Betriebskapital noch mehr verlieren werden.

Wir erwarten daher von der Regierung, daß sie nicht aus Rücksicht auf einzelne Kreise, die die Drohung mit den Wuchergesetzen benutzen, um für sich bei dem Einkauf von Waren Vorteile zu erzielen, Verordnungen erläßt, die Handel und Gewerbe vollständig ruinieren.

Die Regierung könnte sonst die Steuern und Abgaben, die sie zur Erhaltung des Staates, zur Bezahlung der Gehälter, der Arbeitslosenunterstützung und der vielen anderen Verpflichtungen benötigt, und die zum großen Teile von Industrie, Handel und Gewerbe aufgebracht werden, nicht beitreiben, weil diese Berufsstände dann vollständig zahlungsunfähig werden würden. Die Teuerung und die vollständige Verarmung der Kaufleute und Gewerbetreibenden kann die Regierung nur dadurch bekämpfen, daß sie dafür Sorge trägt, daß der Złoty wertbeständig bleibt; die ordnungsmäßigen Kaufleute und Gewerbetreibenden werden die Regierung in diesem Bestreben in jeder Weise unterstützen, weil diese Berufsstände nur bestehen können, wenn mit einer festen Währung zu rechnen ist."

15. Dezember.

Graudenz (Grudziądz).

d. **Wegen Erkrankung** der Zöglinge war auch das staatliche Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache auf einige Zeit geschlossen. Der Unterricht in der Übungsschule war dagegen nicht unterbrochen. *

□ **Der Sonnabend-Schweinemarkt** war besser beschickt. Allerdings tat das ungünstige Wetter dem Geschäft starken Abbruch. Besonders stark war die Nachfrage nach Ferkeln. Die Preise waren wieder in die Höhe geschnellt. Für Absatzferkel zahlte man pro Paar 35—45. Läufer waren in den verschiedensten Größen ausreichend vorhanden. Gänzlich fehlten aber angemästete und Fettschweine. *

A. **Eisernte.** An den Auskolkungen unterhalb der Weichselbrücke sind seit einigen Tagen Fuhrwerke mit dem Abfahren von Eis zu den Eiskellern beschäftigt. *

* **Selbstmordversuch.** Montag früh gegen 6 Uhr versuchte sich der Inspektor der Versicherungsgesellschaft „Vesta", Edward Ciesielski, durch einen Karabinerschuß in die Herzgegend das Leben zu nehmen. Nach Erteilung ärztlicher Hilfe durch Dr. Wetzel wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Die Ursache der verzweifelten Tat soll in unglücklichen Familienverhältnissen zu suchen sein. *

Thorn (Toruń).

—dt. **Das Kommando der Stadtwache** nebst Kommandantur ist von der Baderstraße 11 (Łazienna) zum ehemaligen Gouvernementsgebäude am Neustädtischen Markt verlegt worden. * *

—dt. **Auf dem letzten Schweinemarkt** waren aufgetrieben: 50 Fett- und 23 Läuferschweine sowie 35 Ferkel. Man zahlte für Fettschweine für den Zentner Lebendgewicht 65—70, Läuferschweine unter 35 Kg. 42—46, über 35 Kg. 50—56, Ferkel das Paar 35—42 Złoty. Die Nachfrage nach schlachtreifen Schweinen war groß, weshalb auch die Preise mächtig in die Höhe gegangen waren. Auch Ferkel wurden viel gekauft. * *

—dt. **Ein einträgliches Geschäftchen** macht ein bisher nicht ermittelter Mann, der in Abwesenheit der Ehemänner die Hausfrauen aufsucht, um Mietetabellen zu 70 gr das Stück loszuwerden. Am oberen Ende dieses Stückes Papier hat der Geschäftsmann einen unleserlichen, verschmierten Stempel angebracht, — und falls jemand zögert, 70 gr dafür auszugeben, behauptet der Reisende, er wäre im Auftrage des Magistrats da und jeder müsse den Stempel einlösen. Hierdurch eingeschüchtert kaufen die Hausfrauen diese „Zinstabellen", müssen später aber feststellen, daß sie falsch sind und der Magistratsstempel ungültig ist. * *

—dt. **Keine Lederjacken im Dienst.** Noch im Sommer sah man öfter auf den Straßen der Stadt Offiziere der hiesigen Fliegerstaffel in ihren Lederjacken. Jetzt ist das Tragen dieser Jacken außerhalb des Flugplatzes bzw. außerhalb des Dienstes durch den Kriegsminister streng verboten. * *

—* **Diebstähle.** Zirka sechs Zentner Weizen wurden einem Skalocki in der Goßlerstraße (Wybickiego) des Nachts aus dem verschlossenen Vorratsraum gestohlen. — Einem Firla in der Rösnerstraße (Rejtana) wurden in dessen Abwesenheit fast sämtliche Garderobenstücke aus der Wohnung im Gesamtwerte von zirka 450 zł entwendet. * *

—* **Pferd und Wagen gestohlen** wurde dem Landwirt Sauer in Łążyń (Lonczyn). Erst jetzt gelang es der Kriminalpolizei, Pferd nebst Wagen den Dieben abzunehmen, die beides in Thorn untergebracht hatten — um später ein Geschäft beim Verkauf zu machen. Der bestohlene Landwirt kam wieder zu seinem Eigentum, und die Diebesbande in „Erholungsurlaub". * *

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Die Wunderwelt der Tropenlandschaft wird der Vortrag behandeln, den Herr Konsul Dr. Pochhammer Donnerstag abend 8 Uhr im Saale des Deutschen Heims auf Einladung des Coppernicus-Vereins halten wird. Der Vortragende wird über „Die Sundainseln" sprechen, die er als Diplomat bereist und eingehend kennengelernt hat. Etwa 70 Lichtbilder eigener Aufnahmen werden den eigenartigen Reiz jener Landschaft mit ihren paradiesischen Lebensverhältnissen, den verschiedenen Typen ihrer Bewohner, ihrer tropischen Pflanzen- und Tierwelt noch anschaulicher machen helfen. — Der Eintritt ist frei und Freunde und Gönner des Vereins sind als Gäste willkommen. Der geschäftliche Teil der Sitzung um 7½ Uhr ist nur für die Mitglieder des Vereins bestimmt. (14243 * *

Deutsche Bühne Thorn. Es wird nochmals gebeten, zu den Abendvorstellungen des Märchenspiels am 18. und 20. d. M. hier wohnhafte Kinder nach Möglichkeit nicht mitzubringen, da für diese zwei Nachmittags-Kindervorstellungen in und nach den Feiertagen vorgesehen sind. — Vorverkauf bei Thober ist eröffnet. (S. a. Anzeigen.) (14217 * *

* **Dirschau** (Tczew), 14. Dezember. Ein Opfer ihrer Berufspflichten im Dienste barmherziger Nächstenliebe ist im hiesigen St. Vinzenzkrankenhause die Schwester Leokadia Knebe geworden. Bei der Behandlung von Typhuskranken wurde sie selbst von dieser heimtückischen Krankheit befallen und erlag ihr nach längerem schweren Krankenlager. Heute vormittag fand ihre Beisetzung auf dem katholischen Kirchhofe an der Seite ihrer erst kürzlich verstorbenen Schwester Oberin statt.

h. **Górzno,** 13. Dezember. Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gestaltet sich auch hier die Erwerbsmöglichkeit immer ungünstiger. Fast alle Betriebszweige haben ihre Tätigkeit eingestellt, so daß die Zahl der Arbeitslosen ständig zunimmt. Nur in der Forstwirtschaft werden noch verschiedene Personen beschäftigt. In der Landwirtschaft ist mit Wintersbeginn ebenfalls das Arbeiterpersonal reduziert worden. Vielfach unterbieten sich schon die Arbeiter in ihren Lohnforderungen. Ein trauriges Zeichen der Zeit. — Das Passagierflugzeug, das ständig zwischen Warschau und Danzig verkehrt, mußte am vergangenen Sonnabend auf dem Gelände des benachbarten Gutes Okalewo landen, und zwar infolge eines Defektes des Flügels. Beim Landen zerbrach die Achse. Die Passagiere kamen zum Glück heil davon.

h. **Strasburg** (Brodnica), 13. Dezember. Auf dem letzten Wochenmarkte war der Eierpreis gestiegen, die Mandel kostete 3.50. Für Butter zahlte man 2,40—2,50. Geflügelpreise: Hühner 2—2,50, Enten 3—5, Gänse 8—10. Kartoffeln stiegen von 1,50 auf 2 pro Zentner. Getreidepreise unverändert.

* **Tuchel** (Tuchola), 12. Dezember. Jagdglück hatte der Geschäftsführer der Adlermühle Fr. Paluckt. Auf dem von ihm gepachteten Jagdterrain in Neutuchel erlegte er einen starken Hirsch. Dieser muß entweder aus einem Gehege ausgebrochen sein oder aber sich aus einer Schlinge befreit haben. Denn das Tier schleppte zwei Holzpflöcke mit sich, deren Verbindungsdraht sich in dem starken Geweih des Hirsches verwickelt hatte. Unerklärlich ist es, woher das Wild gekommen sein mag; wenn auch im Osten der Heide Hochwild anzutreffen ist, so ist solches doch nie nahe Tuchel beobachtet worden. — Die Oberförsterei Taubenfließ, Kreis Tuchel, hielt einen Verkaufstermin für Kiefernbrennmaterial in der Tucheler Schloßbrauerei ab. Die Befürchtung, daß infolge des Złotyrückganges die Taxpreise erhöht sein würden, bestätigte sich erfreulicherweise nicht. Es kosteten pro Raummeter: Kiefernkloben aus dem nahe der Stadt gelegenen Revier Plaskau 6 zł, aus dem Revier Eulenholz 4.50, Spaltknüppel 3.20 zł.

* **Zempelburg** (Sępólno), 14. Dezember. Das Büro der deutschen Abgeordneten im Sejm und Senat in Konitz gibt bekannt, daß der nächste Sprechtag in Zempelburg am Freitag, 18. d. M., im Lokale Bonin stattfindet.

Thorn.

Graudenz.

Studienrat Heidelck abermals vor Gericht.

Am vergangenen Freitag, 11. d. M., fand eine neue Verhandlung gegen Studienrat Heidelck wegen der angeblich rechtswidrigen Öffnung amtlich versiegelter Räume im Hause Bromberg, Goethestr. 37, statt. Der betreffende Vorgang hatte sich, wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, am 7. April 1924 abgespielt. Am nächsten Tage war Studienrat Heidelck von der Straße weg verhaftet und in das Polizeigefängnis gebracht worden. Der Untersuchungsrichter, der die Vernehmung am nächsten Tage führte, verfügte wegen Verdunkelungsgefahr die Untersuchungshaft, die allerdings bereits am nächsten Tage durch Beschluß der Strafkammer aufgehoben wurde. Die erste Verhandlung am 16. November 1924 mußte vertagt werden, da der Hauptbelastungszeuge, der Schlosserlehrling Zehmisch, die Ablegung des Eides aus religiösen Gründen verweigerte. Die erneute Verhandlung fand Mitte Februar 1925 statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis, da das Gericht für erwiesen erachtete, daß eine Beteiligung des Angeklagten darin zu erblicken sei, daß er den Schlosser schon einige Stunden vorher bestellt habe. Der Strafsenat des Appellationsgerichts in Posen hob das Urteil in der Sitzung am 17. April 1925 auf, weil erwiesen wäre, daß die Abnahme des Siegels durch eine andere Person erfolgt sei. Aus diesem Grunde komme eine strafbare Handlung durch die Öffnung des Raumes bzw. die Beteiligung an einer solchen Tat für den Angeklagten nicht mehr in Frage. Die Sache wurde infolgedessen zur erneuten Verhandlung der Strafkammer des Bezirksgerichts Bromberg überwiesen.

Studienrat Heidelck führte an dem hierfür angesetzten Termin, dem 11. d. M., aus, daß er sich nicht schuldig bekennen könne; das Bewußtsein einer strafbaren Handlung habe bei dem ganzen Vorgange überhaupt gefehlt, da der Thorner Untersuchungsrichter an den Abgeordneten Graebe direkt eine Verfügung geschickt habe, wonach die Siegel zu entfernen seien. Er wies auch auf eine Reichsgerichtsentscheidung hin, die besagt, daß eine Verletzung des Siegels nicht vorliege, wenn die Beschlagnahme nicht mehr bestehe, sondern nur noch die äußere Form. Er betonte auch nochmals ausdrücklich, daß von einer Warnung des Polizeibeamten Kaczmarek, die vom Abg. Graebe beabsichtigte Handlung sei strafbar, nicht die Rede sein könne. Kaczmarek habe lediglich geäußert, die Verantwortung für das etwaige Fehlen von Gegenständen trage der Abgeordnete Graebe, falls er die Tür öffnen lasse. Auch von Mittäterschaft bei der Abnahme des Siegels und Beihilfe bei der Öffnung der Tür könne nicht gesprochen werden; die Feststellung des ersten Urteils, er habe den Schlosser bestellt, sei unrichtig. Da er auch den Auftrag zum Öffnen der Tür nicht gegeben, sondern nur dem Schlosser gesagt habe, er soll sich nach unten begeben, so käme auf keinen Fall Mittäterschaft bzw. Beihilfe in Frage. Die Vernehmung der Zeugen, die dieses Mal entsprechend dem Antrage des Angeklagten in größerer Zahl erfolgte, gestaltete sich durchaus zugunsten des Angeklagten. Der Zeuge Dr. Schönbeck, dem der Abg. Graebe und der Angeklagte den Inhalt der Unterredung mit dem Polizeibeamten Kaczmarek sofort mitgeteilt hatten, erklärte, daß ihm die Inhaltsangabe des Gespräches sehr genau gemacht worden sei und daß er sich auf jeden Fall darauf besinnen würde, wenn von einer Warnung des Kaczmarek jemals die Rede gewesen wäre. Er behauptete ferner mit aller Bestimmtheit, daß alle Anordnungen zum Öffnen der Tür der Abg. Graebe gegeben habe. Der Hauptbelastungszeuge Zehmisch konnte nur aussagen, daß Studienrat Heidelck ihm gesagt habe: „Gehen Sie hinunter, die Herren sind schon da." Daß Heidelck die Wendung gebraucht habe, „die Beamten seien schon da", eine Fassung, die für den Angeklagten eventl. belastend gewesen wäre, lehnte er ab. Was die Abnahme der Siegel an den oberen Räumen anbelangt, so konnte er nicht angeben, wer den Auftrag dazu gegeben habe, wohl aber, daß er selbst eine ganze Anzahl von Siegeln abgenommen habe. Der Wortlaut des an Zehmisch gegebenen Auftrages wurde durch das Zeugnis der Angestellten Frl. Schilling und Frl. Müller genau festgestellt. Es ergab sich daraus, daß Heidelck von den Kriminalbeamten nichts erwähnt hatte. Von besonderem Interesse war die Vernehmung des Zeugen Graebe, der unvereidigt blieb, weil er sich selbst als Täter schon früher bezeichnet hatte. Abg. Graebe erklärte mit alles Bestimmtheit, daß von einer Warnung des Beamten Kaczmarek von einer strafbaren Handlung nicht im geringsten die Rede gewesen sei. Er wies noch besonders auf den Widerspruch im Verhalten der Polizei hin, der darin lag, daß sie am Montag abend erklärte, keine Zeit zur Herausgabe der Schlüssel zu haben, daß aber, als die Türen tatsächlich geöffnet waren, sofort ein Beamter erschienen sei, um Feststellungen über die Öffnung zu machen. Das Plaidoyer des Staatsanwalts war auffallend kurz. Er beantragte die Aufrechterhaltung der ersten Strafe von vier Wochen Gefängnis. Seine sachlichen Ausführungen enthielten im wesentlichen lediglich die sattsam bekannte Forderung polnischer Patrioten, daß, wer polnisches Brot esse, auch die polnischen Gesetze zu achten habe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Murach, trat in einer temperamentvollen Rede für die Freisprechung des Angeklagten ein, indem er auf den für den Angeklagten durchaus günstigen Verlauf der Zeugenvernehmung hinwies und die rechtlichen Folgerungen zog, aus denen sich ergebe, daß von einer Strafbarkeit der ganzen Tat an sich überhaupt nicht die Rede sei, daß diese aber in keiner Weise dem Angeklagten zur Last gelegt werden könne. **Von besonderem Interesse war es, daß er das Gericht ersuchte, bei der Fällung des Urteils lediglich die nackten Tatsachen zu erwägen und auf die polnische öffentliche Meinung, die eine Verurteilung des Angeklagten verlange, in keiner Weise Rücksicht zu nehmen.*)**

Die Verhandlungen des Gerichtshofes dauerten verhältnismäßig sehr lange und endeten mit der unerwarteten Verurteilung des Studienrats Heidelck zu 200 zł Geldstrafe wegen Beihilfe. Eine Begründung des Urteils wurde nicht gegeben. Wie wir erfahren, wird gegen das Urteil wiederum Revision eingelegt werden.

---

*) Anmerkung: In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß eine in Bromberg erscheinende polnische Zeitung deren Namen wir schamhaft verschweigen wollen, in ihrem Prozeßbericht den traurigen Mut aufbringt, den polnischen Rechtsanwalt Dr. Murach in der öffentlichen Meinung seiner Landsleute durch den Hinweis darauf herabzusetzen, daß er jetzt Herrn Studienrat Heidelck und vorher den Vorsitzenden der deutschen Sejmfraktion, Herrn Naumann, und seine Gattin zu verteidigen wagte. In anderen Kulturstaaten ist es nicht einmal üblich, einem Anwalt einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er berufsmäßig notorische Lumpen und Galgenvögel zu entschuldigen sucht. Hier aber galt es die Unschuld von anerkannten Führern des kulturell gewiß nicht auf der letzten Stufe stehenden deutschen Volkes in Polen zu verteidigen, — eine Ehre, die von der soeben gekennzeichneten Niedrigkeit einer Psyche, die uns unbegreiflich erscheint, nicht angetastet werden kann.

Afghanistan.

Die russisch-englische Rivalität in Zentralasien. Die allseitige Erneuerung des afghanischen Lebens

Von Dr. Artasches Abeghian.

Die Völker des Orients erwachen aus ihrem tausendjährigen Dornröschenschlaf. Es ist dies eine Tatsache, die keinem Zweifel mehr unterliegt. Zu den erwachenden Völkern Asiens gehören auch unbedingt die Afghanen. Während aber die anderen Völker gezwungen sind, nur im harten Kampfe gegen die Herrschaft der Fremden und durch fortdauerndes Ringen ihre Selbständigkeit zu erkämpfen, sucht Afghanistan in voller Stille den Weg zu seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung.

Wie für das stammesverwandte Perservolk, eröffnete die Nachkriegszeit auch für Afghanistan hoffnungsvolle Aussichten auf eine bessere Zukunft. Die bolschewistische Revolution in Rußland einerseits und die außenpolitischen Schwierigkeiten Englands andererseits waren günstige Momente auf dem Wege der Befreiung Afghanistans. Denn, gelegen zwischen den beiden Weltreichen Asiens, war Afghanistan zur Vorkriegszeit tatsächlich seines selbständigen politischen Lebens beraubt und zu einer Einflußsphäre Rußlands und namentlich Englands gemacht worden. Außerdem waren schon früher größere Territorien des afghanischen Landes seitens der Engländer an das Nachbarland Indien, und andere afghanische Provinzen seitens der Russen an ihr zentralasiatisches Gebiet angegliedert worden.

Weiter bedeutete der englisch-russische Vertrag von 1907 wie für Persien, so auch für Afghanistan das tatsächliche Ende seiner politischen Selbständigkeit. Jener Vertrag war mehr ein Erfolg der orientalischen Diplomatie Englands, für Rußland aber eine der Folgen seiner Niederlage im Kriege mit Japan. Rußland mußte nun Afghanistan als ein außerhalb seines Einflusses liegendes Gebiet betrachten. Das war also der Ausdehnung des britischen Einflusses in ganz Afghanistan gleichbedeutend. Auch der Beherrscher des Landes, der Emir von Afghanistan, wurde persönlich von England abhängig gemacht, indem man ihm jährliche Subsidien zukommen ließ. Zwar versuchte der damalige Emir Habibullah Khan von Zeit zu Zeit sich von seinen englischen Gönnern freizumachen, also sein und seines Landes Abhängigkeitsverhältnis von England zu lockern, was ihm aber nicht gelang, bis er 1909 einem politischen Morde zum Opfer fiel. Seinem Sohn und Nachfolger Amanullah Khan, dem jetzigen jungen und tatkräftigen Emir, war es beschieden, der Bahnbrecher des neuen Afghanistan zu werden. Das Leben der letzten sechs Jahre Afghanistans steht auch in der Tat unter dem Zeichen einer Erneuerung nach innen und nach außen. Gegenwärtig ist in Afghanistan ein allgemeiner politischer, wirtschaftlicher und kultureller Umschwung eingetreten, der einzig und groß seit dem Bestehen dieses Reiches dasteht.

Es ist vor allem dem neuen klugen Emir gelungen, die Anerkennung der vollen Unabhängigkeit und der unbeschränkten Souveränität Afghanistans zu erringen und auch diese seine außenpolitische Errungenschaft in Verträgen mit den an Afghanistan am meisten interessierten Staaten: England, Rußland und der Türkei zu fixieren. Um sein Ziel verhältnismäßig leichter erreichen zu können, hat der neue afghanische Herrscher es wohl verstanden, die verschärfte Rivalität der beiden buhlerischen Nachbarstaaten Rußland und Großbritannien gegeneinander auszuspielen und gründlich auszunutzen.

Es genügt auch nur ein flüchtiger Überblick auf die Karte Zentralasiens, um die geopolitische Bedeutung Afghanistans in der miteinander rivalisierenden russischen und britischen Asienpolitik — die auch eine lange Geschichte hinter sich hat — verstehen und schätzen zu können. Hier nämlich, an den Grenzen und auf dem Boden Afghanistans, stieß sich der Expansionsdrang der beiden Weltreiche am schärfsten. Wenn England heute nicht weniger als vor Jahren an der Nordgrenze Indiens behutsam wacht und auch neuere Eroberungspläne sorgfältig ausarbeitet, so ist dort auch die Sowjetunion, die echte Erbin des alten expansiven Zarenreiches, gerne und immer bereit, Indien zu bolschewisieren und zu „sowjetisieren". Erst vor kurzem hat Trotzki in einer seiner Reden das zentralasiatische hohe Bergland Pamir symbolisch als „das Dach der Sowjetunion" bezeichnet. Von diesem „Dache" aus aber, das nur durch das Hindukusch-Gebirge und durch einen schmalen Landstrich Afghanistans von Indien getrennt ist, eröffnen sich weitere Aussichten nicht nur nordwärts, zu den turanischen und sibirischen Steppen, sondern auch südwärts, zu den Indus- und Gangestälern. Also durch seine geographische Lage zwischen dem russischen und britischen Weltreiche ist Afghanistan von Natur aus dazu vorbestimmt, ein Pufferstaat zwischen ihnen zu sein. Wenn die allgemeine politische Konstellation der internationalen Beziehungen der Vorkriegszeit ein negatives Moment war für die Erhaltung und Entwicklung der afghanischen Selbständigkeit, so ist diejenige der Nachkriegszeit — vom afghanischen Standpunkte aus betrachtet — eine recht günstige. Amanullah Khan ist eben der Mann der Zeit, der kluge Herrscher und der weitsichtige Politiker, der eigentliche Nutznießer der entstandenen internationalen Situation in Zentralasien.

Durch den englisch-afghanischen Vertrag von Rawalpindi (8. August 1919) wurde in der Tat, und zwar zum ersten Male ausdrücklich die Unabhängigkeit und die Souveränität Afghanistans anerkannt. Afghanistan bekam nun freie Hand, seine Außenpolitik selbständig zu treiben. Bis dahin war dieses Land nach außen von England vertreten. Der Emir hatte nicht das Recht, mit dem Auslande in direkte Beziehungen zu treten und Verträge zu schließen. Der bolschewistische Rivale ging nun einen Schritt weiter: durch den russisch-afghanischen „Freundschaftsvertrag" von 1921 wurde nicht nur die Unabhängigkeit Afghanistans anerkannt, sondern auch die Wiederangliederung der in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts an Rußland verlorenen afghanischen Gebiete vollzogen. Auch die Engländer hielten es für angebracht, in demselben Jahre durch einen neuen „ewigen Freundschaftsvertrag" mit Afghanistan dessen Unabhängigkeit wieder anzuerkennen und neuere Beweise ihrer Hilfsbereitschaft Afghanistan gegenüber zu geben. Die Engländer erklärten sich weiter bereit, den Afghanen territoriale Konzessionen im indischen Nachbargebiet zu machen und ihnen sogar einen Hafen am Indischen Ozean zu überlassen.

Die russisch-englische Rivalität besteht auch noch heute. Erst vor ganz kurzem wurde z. B. mitgeteilt, daß gegenwärtig in Kabul zwischen den Russen und Afghanen neuere Verhandlungen militärischer Natur im Gange sind. Die Russen haben sich nämlich die Aufgabe gestellt, die afghanische Armee zu reorganisieren und afghanische Offiziere in russischen Militärschulen auszubilden. Was also die Sowjetpolitiker damit bezwecken, steht außer allem Zweifel. Weiter schlossen die Afghanen im Juli 1921 einen Vertrag mit den Türken, in welchem wieder einmal die volle Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes der „Eroberungs- oder Ausnutzungspolitik den fremden Mächten gegenüber" anerkannt wird.

Als nunmehr der Emir Amanullah Khan die internationale Anerkennung seines Landes errungen hatte, entsandte er 1921 eine Sondergesandtschaft nach Europa und Amerika. Er bezweckte damit, das unabhängige Afghanistan vor der ganzen Welt zu demonstrieren. Es wurden auch zum ersten Male in der Geschichte Afghanistans diplomatische und konsularische Vertretungen in Moskau, London, Berlin, Rom, Paris und anderen Zentren errichtet.

Aber nicht nur nach außen, sondern auch nach innen hat das neue Afghanistan viele Errungenschaften zu buchen. Von den ersten Tagen seiner Herrschaft an ist nämlich der neue Emir unermüdlich bemüht gewesen, durch radikale Reformen sein Land zu modernisieren. Was heutzutage in Afghanistan vor sich geht, verdient eigentlich eine Revolution genannt zu werden, eine Revolution, an deren Spitze das Oberhaupt des Landes selbst steht. Amanullah Khan führt auch oft Reformen gegen den Willen seines noch sehr rückständigen Volkes, und namentlich der Geistlichkeit, durch. In diesem Sinne ist er der afghanische Peter der Große. Er ist nicht nur der Vater der heutigen Reformpläne, nicht nur der Urheber zahlreicher Erneuerungen, sondern auch der persönliche Teilnehmer und Leiter der neuen afghanischen Lebensweise. Kurz, er ist der Geist der ganzen Bewegung.

Nach allen Richtungen kommt seine Betätigung entschieden zum Ausdruck: in politischer, wirtschaftlicher und kultureller. Auf seine Initiative ist eine Volksvertretung ins Leben gerufen worden. Er steht selbst als Vorsitzender an der Spitze seiner Regierung. Weiter ist durch europäische Fachleute festgestellt worden, welche Naturschätze das Land birgt. Bedeutend sind Amanullah Khans Erfolge auf dem Gebiete der Volksaufklärung. Er hat zahlreiche Schulen für beide Geschlechter gegründet; er ist auch dabei, eine neue Hauptstadt namens Dar-ul-Aman anzulegen, wohin er bald seine Residenz verlegen wird. Weiter hat er versucht, die Polygamie abzuschaffen.

Zwecks Ausführung aller seiner Reformpläne hat der afghanische Herrscher zahlreiche europäische Techniker, Ärzte und andere Fachleute nach Afghanistan berufen. Er legt ein besonderes Wohlwollen und eine besondere Freundschaft Deutschland gegenüber an den Tag. Tatsächlich sind heute in Afghanistan eine größere Anzahl deutscher Ärzte, Ingenieure, Lehrer u. a. tätig. Es gibt in Kabul auch eine deutsche Mittelschule für afghanische Kinder. Weiter weilen gegenwärtig zahlreiche afghanische junge Leute in Deutschland als Studenten der Hochschulen und Schüler verschiedener Anstalten.

Die Vorbereitung der Weltabrüstung.

Einladung an Deutschland, Amerika und Rußland.

Genf, 12. Dezember. Der Rat genehmigte drei von Benesch vorgelegte Entschließungen über die Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz. Danach sollen in dem heute vom Rat geschaffenen Ausschuß für die Abrüstungskonferenz 16 endgültig bestimmte Staaten vertreten sein, nämlich sämtliche Ratsmitglieder und außerdem Bulgarien, Finnland, Holland, Polen, Rumänien Südslawien. Außerdem wird der gegenwärtige Ratspräsident Scialoja beauftragt, die Regierungen Deutschlands, der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands zur sofortigen Teilnahme an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses einzuladen.

Diese neunzehngliederige Kommission von Regierungsvertretern wird, der „Voss. Ztg." zufolge, zur Seite haben zwei beratende Organe, 1. die Ständige Kommission des Völkerbundes für militärische Fragen und 2. eine eigens neugebildete „Gemischte Kommission" für wirtschaftliche Fragen, die aus zehn Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus je zwei Mitgliedern des Finanzkomitees, des Wirtschaftskomitees, der Verkehrskommission und aus je zwei Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppe der internationalen Arbeitsorganisation. Die Zusammenarbeit der Hauptkommission mit den beiden beratenden Kommissionen vollzieht sich in der Art, daß der Präsident der Abrüstungskommission, die ebenso wie die Vizepräsidenten und die Präsidenten der beratenden Kommissionen von den Kommissionen selbst gewählt werden, sich jedesmal, wenn er es für nötig hält, an die Präsidenten der beratenden Kommissionen mit dem Ersuchen wendet, sie zu einem bestimmten Zweck einzuberufen.

Die Abrüstungskommission soll ferner das Recht haben, den Präsidenten und den Berichterstatter der beratenden Kommissionen persönlich anzuhören. Sie ist auch berechtigt, nach Befragung der beratenden Kommissionen sich an andere Sachverständige um Erstattung von Gutachten zu wenden.

Ferner ist sie berechtigt, jeden Staat, der irgendwie besonders an einer Frage interessiert ist, zur Mitarbeit heranzuziehen, ebenso wie jeder in der Kommission nicht vertretene Staat das Recht hat, von sich aus der Kommission Denkschriften zu überreichen und zu verlangen, von ihr selbst gehört zu werden.

Über das Arbeitsprogramm der Abrüstungskommission ist ein großer Fragebogen aufgestellt worden.

Die Abrüstungskommission soll zum erstenmal am 15. Februar 1926 zusammentreten, und die beiden beratenden Kommissionen sind für den folgenden Tag, den 16. Februar, erstmalig einberufen, um sich über die Organisation und Verteilung der Arbeiten schlüssig zu werden.

Benesch hebt in seinem Bericht zu dem Arbeitsprogramm hervor, daß der französische, italienische und japanische Delegierte namens ihrer Regierung erklärten, daß die Frage der Abrüstung zur See von der Frage der Abrüstung zu Lande und in der Luft nicht getrennt werden könne.

Eine Anzahl von anderen Delegierten haben erklärt, daß auch die „potentiellen Kriegsmöglichkeiten", die sich aus der Stärke der Bevölkerung, der Wirtschafts- und Industriemacht eines Landes ergeben, herangezogen und vergleichbar gemacht werden müßten, schon im Hinblick auf den Artikel 16 über die darin vorgesehene wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung eines eventuell angegriffenen Staates.

Der französische Delegierte erklärte im besonderen, daß der Stand der Dinge nach der Herabsetzung der Rüstungen der sein müsse, daß kein einzelner Staat, falls er sich einen Angriff zuschulden kommen lasse, stärker sein kann als die ihm eventl. entgegenstehenden vereinigten Kräfte derjenigen Völkerbundstaaten, die dem Angegriffenen zur Hilfe kommen.

Schließlich haben nach dem Bericht von Benesch die Delegierten Frankreichs, Englands und Spaniens auf der Prüfung der Frage der Errichtung eines internationalen Kontrollsystems bestanden, damit die Herabsetzung der Rüstungen auch praktisch überwacht werden kann. Benesch betonte, daß es durch eine leichte Abänderung der 5. Frage in dem Arbeitsprogramm möglich gewesen sei, die Einigung über die von Frankreich und Belgien gewünschte Untersuchung herbeizuführen.

Das Eherecht in Polen.

Warschau, 11. Dezember. In der gestrigen Sejmsitzung wurde nach dem Exposé des Finanzministers Zdziechowski zur Lesung der Gesetzentwürfe über das internationale und interterritoriale Zivilrecht geschritten. Hierbei rollte Abg. Marek auch die Frage des Eherechts in Polen auf, das in allen drei Gebietsteilen Polens verschiedenartig geregelt werde. Während im ehem. österreichischen und preußischen Teilgebiet die Scheidungen zulässig seien, seien sie im ehem. russischen Teilgebiet verboten, und dies verursache große Verwirrung. Die katholische Kirche erkläre die Ehen zwischen Katholiken und Protestanten für ungültig und desgleichen auch die protestantische Kirche. Auf diese Weise seien 25 000 Ehen aufgelöst worden. Es könne sogar vorkommen, daß einem Bewohner des ehem. preußischen und österreichischen Teilgebiets, der dort eine legale Ehe eingegangen ist, die Taufe des Kindes verweigert werde, wenn er nach dem ehem. Kongreßpolen komme. Redner verlangt daher, daß für

solche Leute die Bestimmungen des österreichischen und preußischen Eherechts in Anwendung gebracht werden.

Dem widersetzt sich der Abg. **Bittner** (Ch. D.), der die Streichung des 13 Art. verlangt, demzufolge ein Bürger, der in ein anderes Teilgebiet übergesiedelt ist, das Recht haben soll, sich an die Behörde seines Heimatortes um die Erlaubnis zur Ehescheidung zu wenden, falls diese nach den Bestimmungen des Teilgebiets, in dem er gegenwärtig wohnt, unzulässig sein sollte.

Dieser Antrag wird auch **angenommen**. Das Gesetz über das interterritoriale Zivilrecht gelangt in zweiter, der Gesetzesentwurf über das internationale Zivilrecht in zweiter und dritter Lesung zur Annahme.

„Lieber Hindenburg!"

Einige Proben aus dem Postkasten des deutschen Reichspräsidenten.

Im Verlag für Kulturpolitik Berlin erscheint soeben eine kleine Schrift: „Ein Tag aus dem Leben des Reichspräsidenten" von Regierungsrat †††. Wir entnehmen dem Buch folgenden amüsanten Abschnitt über die Korrespondenz des Reichspräsidenten.

Werfen wir nur einmal einen raschen Blick in den Inhalt der allmorgendlichen Post. Da bitten etwa 50 Absender um finanzielle Unterstützung. 20 bewerben sich um Stellungen im Dienste des Präsidenten, etwa 100 reichen Beschwerden über irgendwelche Übelstände oder unliebsame Personen ein. Dazu kommen noch ungefähr 40 Gnadengesuche. Außerdem gibt es Leute, die nicht müde werden, den ersten Mann im Staate mit allerhand Ratschlägen zu bedenken. Einzelne unter diesen freiwilligen Beratern entwickeln ganz seltsame Einfälle, und ihre wirren Darlegungen zwingen zu dem Schluß, daß sie aus der Feder eines geistig gestörten Verfassers stammen. Solche Briefe tragen eigenartige Unterschriften wie etwa „Urban der Weltkaiser" oder der „Führer der Geister" und ähnliches mehr. Ein beredtes Zeugnis für die Verehrung Hindenburgs legen die langen Reihen von Huldigungsgedichten und -märschen ab, die in großer Zahl eintreffen. Dazu gesellen sich die vielen Gesuche um Übernahme von Patenschaften, Hindenburg zählt jetzt schon über 900 Patenkinder. Hier einige Proben aus dem schwerbeladenen Postkasten.

Ein Mädchen aus Amerika: „Mister President. — Hindenburg — ich gratuliere dir und ich könte ein Putzmätchen bei euch sein, ich kan alles gut pucen. Bitte um Antwort."

Ein Knabe aus Kiel: „Lieber Hindenburg.
Wie kann man Generalfeldmarschall werden?
Kommst Du zu uns nach Kiel? Dein W. Sch."

Zwei Mädchen vom Lande: „Da ich mich unter den Dorfkindern umschaute, fand ich eine nette Freundin darunter, der ich wirklich von Herzen gut sein kann. Und so ich mit ihr öfter zum Zeitvertreiben auf Gänsehüten gehen und wir sprechen und singen sehr viel von Ihnen, so sind wir beide auf den Gedanken gekommen: Wir wollen an Ihnen, Herr Präsident v. Hindenburg ein Brieflein schreiben. Da Sie doch der Landesvater sind, so sind Sie doch auch unser lieber Vater, darum bitten wir Sie, Majestät, uns ein bißchen zu helfen. Nämlich, wir möchten gerne etwas lernen ... Ich hätte Lust zur Buchhändlerin, auch Goldarbeiterin tät mir gefallen ... Meine Freundin hätte zur Modistin Lust ... Entschuldigen Sie gütigst auch wegen der schlechten Schrift und daß es mit Bleistift geschrieben ist, **nämlich wir haben es auf der Wiese beim Gänsehüten geschrieben.** Bitte, senden Sie uns ein kleines Bildchen von Ihnen. Wir halten es in Ehren, als wenn es von unseren lieben Eltern wäre. Wir bitten Sie um baldige Antwort."

Ein bayerischer Bauer: „Ich erlaube mir, an Euer Gnaden einen Brief zu richten, um an Sie eine Frage zu stellen, ob's nicht möglich wäre, während der Ferienzeit meiner Wenigkeit als schlichter Landwirt **einen Besuch abstatten zu wollen, um Brifatbesprechung geistlicher und leiblicher Anliegen.** Vielleicht ging es per Auto dem Volke unerkannt durchzukommen. Ich bin persönlich in vollster Verschwiegenheit und bin bereit Euch aufzunähmen zu übernachten, vier bis fünf übrige Betten, ein bis zwei Zimmer zu reserfüren ... Auf Rückkehr in die Heimat auf etwas unbestimmte Zeit abmelden. Meine Landschaft liegt zwei Stunden vom Chiemsee entfernt, meine Familie besteht aus Weib und Kindern, haben sonst niemind im Haus. Also, haben Sie die Güte und weisen Sie meinen Antrag nicht zurück."

Frauen schicken die „**Berichte ihres Lebens**" ein und bitten um Rat. Ein Mann, der die Welt mit dem Rade umfahren möchte, ersucht um allerhöchsten Schutz für sein Unternehmen.

Eine Dichterin stellt den Antrag, der Präsident möge dafür sorgen, daß ihr **Drama von fünf Akten** auf dem Theater gespielt wird.

Die Auswirkung der deutsch-russischen Wirtschaftsverträge.

OE. Berlin, 12. Dezember.

Aus Anlaß der bevorstehenden **Ratifizierung der deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge** durch den Reichstag werden dem „Ost-Expreß" aus den Kreisen der deutschen Wirtschaft von besonders kompetenter Seite folgende Ausführungen zur Beurteilung des abgeschlossenen Vertragswerks zur Verfügung gestellt.

Der deutsche Reichstag hat dieser Tage mit überwältigender Mehrheit dem deutsch-russischen Vertrag vom 12. Oktober d. J. in erster Lesung zugestimmt und damit gezeigt, daß von weiten deutschen Kreisen großer Wert auf ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland gelegt wird. In der Tat bedeutet der deutsch-russische Vertrag für die Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zweifellos einen **Fortschritt**. Die Reibungsflächen, die im bisherigen Handelsverkehr zwischen Rußland und Deutschland vorhanden waren, sind durch die abgeschlossenen Abkommen wesentlich vermindert worden. Zumindest war man jedenfalls auf beiden Seiten ehrlich bemüht, wichtige Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ein glattes Arbeiten bisher erschwerten.

Der gute Wille der beiden Länder, die wechselseitigen Handelsbeziehungen zu fördern, tritt besonders deutlich in Art. 1 des Wirtschaftsabkommens hervor. In diesem Artikel, der die eigentliche Grundlage für den Ausbau des Wirtschaftsverkehrs mit Rußland bildet, wird erklärt, daß die vertragschließenden Teile bestrebt sein werden, „den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Aufbaues auf das Vorkriegsmaß zu bringen, wobei sie sich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt leiten lassen werden". Es muß dazu bemerkt werden, daß mit dem ziffernmäßigen Steigen des beiderseitigen Warenaustausches auf das Vorkriegsniveau dieses immer noch nicht ganz erreicht wäre, da die inzwischen eingetretene Wertsteigerung des Materials in Betracht zu ziehen ist. Der zitierte Art. 1 des Wirtschaftsabkommens stellt zwar weder für Rußland noch für Deutschland eine Verpflichtung in dem Sinne dar, daß daraus Ansprüche hergeleitet werden können, indessen bedeutet er zweifellos mehr als eine rein moralische Verpflichtung. Dies ist

die Grundlage für das gesamte Vertragswerk,

denn ohne ihre Durchführung hätte der Vertrag vom 12. Oktober nur geringen Wert.

Der unleugbare Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande **besteht ferner darin, daß durch die einzelnen Verträge und Abkommen** (Konsularvertrag, Eisenbahnabkommen, Seeschiffahrtsabkommen, Steuerabkommen usw.) eine ganze Reihe von wichtigen Fragen zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt werden. Zu den Ausnahmen von der Meistbegünstigung, die Rußland in bezug auf seine östlichen Nachbarn (Persien, Afghanistan und Mongolei) eingeräumt worden sind, ist zu bemerken, daß Deutschland auch in der Vorkriegszeit nicht im Genuß der Meistbegünstigung hinsichtlich dieser Länder war. Ein wesentlicher Nachteil in dieser Einschränkung der Meistbegünstigung ist für Deutschland vorläufig nicht zu erwarten. Auch der Transit mit den genannten östlichen Ländern ist schon vor dem Kriege für Deutschland nicht frei gewesen. Durch die im Mantelvertrag Rußland eingeräumten Ausnahmen von der Meistbegünstigung wird den besonderen Verhältnissen, die für den russischen Handel im Osten bestehen, Rechnung getragen.

Am wenigsten befriedigend von den abgeschlossenen Verträgen ist das **Wirtschaftsabkommen**, was jedoch in der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme der beiden Länder begründet ist. Die Sowjetregierung hält zurzeit an ihrem staatskapitalistischen Wirtschaftssystem, insbesondere auch an dem Außenhandelsmonopol, unbedingt fest. Das darf bei der Kritik des deutsch-russischen Vertrages nicht außer Acht gelassen werden. Eine andere Frage ist es, inwieweit das Außenhandelsmonopol von Rußland auch in der Zukunft aufrechterhalten werden kann. Doch wäre es unvorsichtig, Prophezeiungen in dieser Hinsicht zu machen, denn

das Problem Sowjetrußland

hat keine Beispiele in der Geschichte und die Entwicklung, die der Sowjetstaat im weiteren Verlauf nehmen wird, ist noch nicht zu übersehen.

Was die Exterritorialität der leitenden Persönlichkeiten und der Räume der Handelsvertretung anbetrifft, so hat der Vertrag vom 12. Oktober, indem er das Prinzip der Exterritorialität anerkannt hat, nichts Neues gebracht, da diese Frage bereits durch die früheren deutsch-russischen Abkommen, zuletzt durch das Protokoll vom Juli 1924, im wesentlichen festgelegt war. Die damalige Beschränkung der Exterritorialität des Gebäudes der Handelsvertretung in Berlin auf drei Fünftel bedeutete ein halbes „ja" und kein ganzes „nein" und es ist nur natürlich, daß die Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen worden sind. Hatte man einmal A gesagt, mußte man auch B sagen.

Sehr schwierig ist es, im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem der Vertrag noch gar nicht in Kraft getreten ist, etwas Konkretes über seine Auswirkungen zu sagen. Das Wesentliche ist, daß die Wirtschaftsbeziehungen auf eine geregelte und freundschaftliche Basis gestellt werden. Dies ist die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des gegenseitigen Verkehrs und daraus ergibt sich die ganz natürliche Fortsetzung für die Zukunft.

Dabei muß jedoch ein sehr heikler Punkt berührt werden, nämlich

die Frage der sogen. Handelsspionage,

die — ein Novum in der Handelsgeschichte — ein sehr wesentliches Hemmnis für die Entwicklung eines normalen Handelsverkehrs bildet und Anlaß zu Verwicklungen geben kann. Es ist ja kein Geheimnis, daß Ausländer, die nach Rußland reisen, von der Staatlichen Politischen Polizei (G. P. U.) zu ihrer persönlichen Sicherheit überwacht werden. Wenn diese nun mit den Verhältnissen in Rußland nicht vertraut sind und Erkundigungen einziehen, die im internationalen Verkehr nicht nur unverfänglich, sondern auch notwendig sind, so können sie dabei sehr leicht in Ungelegenheiten kommen. Die bestehenden russischen Dekrete über Wirtschaftsspionage sind sehr dehnbar, und es kann nicht ohne Weiteres von jedermann verlangt werden zu wissen, daß die in der übrigen Welt geltenden Voraussetzungen nicht mehr zutreffen und ein aufmerksames Studium der russischen Dekrete und der Praxis statt dessen Platz greifen. Der Begriff der Handelsspionage ist keineswegs in dem russischen Wirtschaftssystem als solchem begründet. **Es ist vielleicht nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß die im Vertrage zugestandenen Erleichterungen für die Einreise nach Rußland keinen uneingeschränkten Wert haben,** solange über den ausländischen Geschäftsleuten, die nach Rußland kommen, das Damoklesschwert der Handelsspionage und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten lasten. Der Geschäftsverkehr mit Rußland wird sich übrigens in der Hauptsache nach wie vor auf dem Wege über die Handelsvertretung und die zum Außenhandel zugelassenen russischen staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftsorgane abspielen. Daneben kommt die Übernahme von Konzessionen, sowie der Abschluß von Konsignationsverträgen in Frage. Was die Einreiseerleichterung nach Rußland anbetrifft, so ist zu bemerken, daß unmittelbare Geschäftsabschlüsse mit russischen Firmen auch in Zukunft im allgemeinen nicht gestattet sind. Die Reisen werden daher nach wie vor in der Hauptsache den Zweck verfolgen, Verhandlungen über bereits in Deutschland eingeleitete Geschäfte fortzuführen, über Konzessionen zu verhandeln usw. Auch die Versendung von Offerten an russische staatliche und private Firmen kann naturgemäß nur als Anregung dienen. **Aus diesem Grunde lehnt es übrigens ein großer Teil der deutschen Wirtschaft ab, in den russischen Zeitungen und Zeitschriften zu inserieren.**

Was

die Kreditfrage

anbetrifft, so ist zu sagen, daß der Geschäftsverkehr mit Rußland, abgesehen von dem Handel mit Rohstoffen, schon in der Vorkriegszeit zum großen Teil auf Kredit aufgebaut war. Da Rußland in den Kriegs- und Revolutionsjahren verarmt ist, so ist es jetzt noch kreditbedürftiger geworden. Der Unterschied gegen früher besteht nur darin, daß der Kredit früher von Privatfirma zu Privatfirma gegeben wurde und daher im einzelnen nicht in so hohen Summen in die Erscheinung trat, während jetzt auf der russischen Seite als Kreditnehmer der russische Staat bzw. seine Wirtschaftsorgane auftreten, die Einkäufe in großen Posten vornehmen, wobei naturgemäß auch große Kredite in Frage kommen. Für die Frage der Kredite gibt es kein allgemeines Rezept, die Lösung ist zum großen Teil rein subjektiv, denn in jedem Geschäft, ob nach Ost oder West, liegt ein Risiko, hier mehr, da weniger. Die Entscheidung richtet sich nach den Leistungen von beiden Seiten und den Belangen und Vermögen der Lieferanten.

Wenngleich bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der eigentümlichen russischen Wirtschaftsstruktur den Erfordernissen, die nach westeuropäischen Begriffen an einen Handelsvertrag gestellt werden, nicht Genüge geschehen konnte, bildet doch das abgeschlossene deutsch-russische Vertragswerk, als Ganzes genommen, zusammen mit dem Kreditabkommen, zweifellos eine Grundlage für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Viel wird natürlich davon abhängen, in welchem Geiste die Verträge praktisch durchgeführt werden. Jedoch ist in dieser Hinsicht auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden. Die Durchführung in der Praxis, sowie die weitere Gestaltung der Verhältnisse in Rußland werden dann auch die Richtung zeigen, in der ein Ausbau und eine Verbesserung der Verträge möglich oder notwendig sind.

Wirtschaftliche Rundschau.

Konkurse.

Die Thorner Firma „Dehan", Dom Handlowy, Zenon Wachowiak, in der Gerstenstraße (Jęczmienna) 17, hat den Konkurs angemeldet. Zum Zwangsverwalter ist Józef Szadowski, Schulstraße (Klonowicza) 30 ernannt worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 15. Dezember auf 6,3139 Zł. festgesetzt.

Der Zloty am 14. Dezember. Danzig: Złoty 53,68—53,82, Ueberweisung Warschau 51,93—52,02; Berlin: Złoty 40,79—41,21, Ueberweisung Warschau, Posen od. Kattowitz 41,29—41,51; Zürich: Ueberweisung Warschau 55,00; London: Ueberweisung Warschau 42,00; Neuyork: Ueberweisung Warschau 10,75; Wien: Złoty 69,50—70,50, Ueberweisung Warschau 69,75; Prag: Ueberweisung Warschau 337—343; Czernowitz: Ueberweisung Warschau 26,00; Bukarest: Ueberweisung nach Warschau 26,50.

Warschauer Börse vom 14. Dezbr. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 44,45, 44,56—44,34; Holland 393,75, 394,73—39?,77; London 47,53, 47,65—47,41; Neuyork 9,80, 9,82—9,78; Paris 35,70, 35,79 bis 35,61; Prag 29,05, 29,12—28,98; Schweiz 189,00, 189,47 188,53; Stockholm —,—; Wien 138,00, 138,35—137,65; Italien 39,57½, 39,67—39,48.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 14. Dezbr. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 123,845 Gd., 124,155 Br., 100 Złoty 53,68 Gd., 53,82 Br., 1 amerik. Dollar 5,2235 Gd., 5,2415 Br., Scheck London 25,20 Gd., 25,20 Br. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,21⅜ Gd., 25,21⅜ Br., Berlin in Reichsm. 123,695 Gd., 124,005 Br., Neuyork 5,1960 Gd., 5,2090 Br., Holland 100 Gulden 208,64 Gd., 209,16 Br., Zürich 100 Fr. 100,15 Gd., 100,40 Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen 100 Kr. —,— Gd., —,— Br., Warschau 100 Zł. 51,93 Gd., 52,07 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 14 Dezember Geld	Brief	In Reichsmark 12. Dezember Geld	Brief
—	Buenos-Aires . 1 Pes.	1.739	1.743	1.739	1.743
—	Konada . . . . 1 Dollar	4.195	4.205	4.195	4.205
7,3 %	Japan . . . . . . 1 Yen	1.825	1.829	1.813	1.817
—	Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.22	2.23	2.22	2.23
4,5 %	London . . 1 Pfd. Strl.	20.342	20.392	20.349	20.399
3,5 %	Neuyork . . . . 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.205
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.596	0.598	0.605	0.607
—	Uruguay . . 1 Goldpes.	4.245	4.255	4.265	4.275
4 %	Amsterdam . . 100 Fl.	168.54	168.96	168.53	168.95
10 %	Athen	5.24	5.26	5.29	5.31
5,5 %	Brüssel-Antw. 100 Frc.	19.025	19.065	19.03	19.07
9 %	Danzig . . . 100 Gulden	80.65	80.85	80.69	80.89
8 %	Helsingfors 100 finn. M.	10.545	10.565	10.548	10.588
7 %	Italien . . . . 100 Lira	16.92	16.96	16.93	16.97
7 %	Jugoslavien 100 Dinar	7.435	7.455	7.44	7.46
5,5 %	Kopenhagen . . 100 Kr.	104.60	104.86	104.67	104.93
9 %	Lissabon . . 100 Escuto	21.275	21.325	21.275	21.325
5 %	Oslo-Christiania 100 Kr.	85.39	85.61	85.39	85.61
6 %	Paris . . . . . 100 Frc.	15.05	15.09	15.35	15.395
7 %	Prag . . . . . . 100 Kr.	12.418	12.458	12.418	12.458
4 %	Schweiz . . . . 100 Frc.	80.87	81.07	80.87	81.07
10 %	Sofia . . . . . 100 Leva	3.045	3.055	3.045	3.055
5 %	Spanien . . . 100 Pes.	59.43	59.57	59.68	59.82
5 %	Stockholm . . . 100 Kr.	112.25	112.53	112.26	112.54
9 %	Budapest . . 100000 Kr.	5.875	5.895	5.87	5.89
9 %	Wien . . . . . 100 Sch.	59.12	59.26	59.14	59.28

Züricher Börse vom 14. Dezbr. (Amtlich.) Neuyork 5,18⅝, London 25,15⅝, Paris 18,83¾, Wien 73,10, Prag 15,36, Italien 20,94, Belgien —,—, Holland 208,35, Berlin 123,50.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 9,80 Zł., do. kl. Scheine 9,80 Zł., 1 Pfund Sterling 47,53 Zł., 100 franz. Franken 35,70 Zł., 100 Schweizer Franken 189,00 Zł., 100 deutsche Mark 233,30 Zł., Danziger Gulden 188,61 Złoty.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 14. Dezember. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. listy zbożowe 5,50. 8proz. dolar listy 3,40. 5proz. Poż. kolejowa 0,29. — Bankaktien: Bank Sp. Zar. 1.—11. Em. 4,00. — Industrieaktien: Centr. Rolnik. 1. bis 7. Em. 0,50. Centr. Skór 1.—5. Em. 0,70. C. Hartwig 1.—7. Em. 0,55. Tri 1.—3. Em. 13,00. Unja 1.—3. Em. 4,00. Tendenz: unverändert.

Produktenbörse.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 12. Dezember. (Großhandelspreise für 100 Kilogramm). **Weizen** 39,00—41,00 Złoty, **Roggen** 22,00—23,00 Złoty, **Futtergerste** 20—22 Złoty, **Braugerste** 24,00—25,00 Złoty, **Felderbsen** —— Złoty, **Viktoriaerbsen** —,— Złoty, **Hafer** 23,00—24,00 Złoty, **Fabrikkartoffeln** —— Złoty, **Speisekartoffeln** — Zł., **Kartoffelflocken** — Zł., **Weizenmehl** 50% 85 Zł., do. 70% 72—74 Zł., **Roggenmehl** 70% 40 Zł., 60% 42 Zł., **Weizenkleie** 20 bis 22 Zł., **Roggenkleie** 16,00—17,00 Złoty. — Tendenz: —.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 14. Dezember. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.) **Weizen** 41,00—43,00, **Roggen** 23,00—24,00, **Weizenmehl** (65% inkl. Säcke) 62,00—65,00, **Roggenmehl** 1. Sorte (70% inkl. Säcke) 35,25—36,25, do. (65% inkl. Säcke) 36,50—37,50, **Braugerste** prima 26,50—28,50, **Gerste** 21,00—23,00, **Hafer** 25,50—26,50, **Felderbsen** 29,00—30,00, **Viktoriaerbsen** 40,00—44,00, **Weizenkleie** 18,00—19,00, **Roggenkleie** 16,00—17,00, **Rübsen** —,—, **Eßkartoffeln** —,—, **Fabrikkartoffeln** —,—. — Tendenz: nicht einheitlich.

Danziger Produktenbericht vom 14. Dezember. (Amtlich.) Preis pro Ztr. in Danziger Gulden. Weizen, rot 12,75—13,00, do. weiß 13,00—13,25, Roggen flau 8,00, Futtergerste 8,50 bis 9,25, Gerste 9,75—10,50, Hafer flau 8,50—8,75, do. geringer mit Geruch —,—, kleine Erbsen 10,00—11,00, Viktoriaerbsen 13,00—16,00, grüne Erbsen 15,00, Roggenkleie 5,50—5,75, Weizenkleie 6,75—7,25, Peluschken 9,00—10,00. Großhandelspreise per 50 Kilogr. waggonfrei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 14. Dezbr. Amtliche Produktennotierungen per 1000 kg ab Station. Weizen märk. 249—254, pomm. 252—257, Dezember 258,50—257,50, März 265,50, Mai 268, Tendenz stetig. Roggen märk. 147—153, pomm. 150—156, Dez. 167—164, März 178 u. Geld, stetig, Sommergerste 188—214, feinste Sorten über Notiz, Winter- und Futtergerste 154—166, schwächer. Hafer märk. für 1000 Kilogr. 163—173, Dez. 166, März 180 Geld, Mai 189, still.

Weizenmehl für 100 kg 32,25—36,25, ruhig, Roggenmehl 22 bis 24,50, ruhig, Weizenkleie 11,50—75, matter, Roggenkleie 9,75—10,20, stetig. Raps für 1000 Kg. 360—362, stetig.

Viktoriaerbsen für 100 kg 26—32,50, kleine Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19,50—20,50, Peluschken 17—18, Ackerbohnen 20—21, Wicken 21—23, blaue Lupinen 11,75—12,25, gelbe Lupinen 12—14,50, Rapskuchen 15,00—15,25, Leinkuchen 23,60—23,80, Trockenschnitzel prompt 8,30—8,50, Sojaschrot 21,80—22,00, Torfmelasse 7,70—7,80, Kartoffelflocken 14,70—15,20.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 14. Dezember in Krakau — 2,48 (2,48), Zawichost + 1,40 (1,35), Warschau + 1,29 (1,30), Plock + 1,46 (1,47), Thorn — 0,10 (0,10), Fordon + 0,10 (0,02), Culm + 0,04 (0,05), Graudenz + 2,02 (2,24), Kurzebrak + 1,90 (1,85), Montau — (1,61), Piekel — 0,39 (1,06), Dirschau + 0,54 (1,04), Einlage + 2,20 (2,20), Schiewenhorst + 2,36 (2,40) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

jedes Geschenk, sei es Geld, Eßwaren, Obst, Kleidungsstücke, wird mit Dank entgegengenommen. Trotz der schweren Zeit geben viele, jeder nach seinem Einkommen. So erging an die Damen des deutschen Frauenvereins die herzliche Bitte, sich noch hier und da zu erkundigen, wo ein verschämter Armer der christlichen Hilfe bedürfe. Auch die Siechenhausinsassen sollen vom Christkindlein beschenkt werden.

* **Posen** (Poznań), 12. Dezember. Die am 11. d. M. an der Staatlichen Berger-Oberrealschule abgehaltene Reifeprüfung bestanden sämtliche in die Prüfung eingetretenen Oberprimaner der Oberrealabteilung des Deutschen Gymnasiums. Es sind dies die Schüler Wichard Hahn, Joachim Klose, Johanna Stiller, Ernst Tauschke und Ernst Weiß.

* **Posen** (Poznań), 12. Dezember. Von der Anklage der Spionage freigesprochen wurde von der Posener Strafkammer der Redakteur Gauzke aus Breslau in einer unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, geheim die deutsch-polnische Grenze überschritten und bei der polnischen Auskundschafterei eine Stellung in der Absicht angenommen zu haben, zugunsten Deutschlands Spionage zu treiben.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 14. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der Geldmangel nimmt in Warschau geradezu katastrophale Formen an. Heute vormittag verlangten die Arbeiter der Fabrik Martens i Daab die Auszahlung der ihnen seit drei Wochen bereits rückständigen Löhne. Die Fabrikleitung konnte jedoch den Wünschen der Arbeiterschaft nicht entsprechen. Sie wies der Arbeiterschaft nach, daß sie für 13 Millionen unbezahlte Rechnungen liegen habe, auf die sie nicht einmal 100 000 Złoty von irgendeiner Bank geborgt erhalten könne. Die Fabrikleitung hat sich an das Finanzministerium mit der Bitte um Erteilung von Krediten gewandt.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorspricht, den Bezugspreis für 1. Quartal oder den Monat Januar 1926 gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortbezug der Zeitung nach dem 1. Januar gerechnet werden. Der Briefräger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

Bücher aus dem „Unbekannten Schrank“.

(„Deutsche Wanderbücherei“, Bromberg, Danziger Straße 22, III.)

I.

Karl Justus Obenauer, **Der faustische Mensch.** (Verlegt bei Eugen Diedrichs in Jena 1922.) Das Buch ist „aktuell“. Spengler hat ja in seinem „Untergang des Abendlandes“ (auch in der Bücherei zu haben) den faustischen Menschen zum Symbol unserer Kultur gemacht und durch seine Kritik eben dieser Kultur in vielen Mißtrauen geweckt gegen den faustischen Weg. Sollen wir uns im Ernste lossagen von Faust? Diese Frage ist gerade für uns Deutsche wichtig, da wir gewohnt sind, Goethes reifstes Werk auch als das höchste dichterische Gut der Nation zu betrachten. Obenauer, der Darmstädter Philosoph, läßt uns neu ringen um den Sinn von Fausts Gestalt und wir erkennen mit wachsender Freude: Faust ist nicht tot, er lebt und wird leben, so lange es Menschen gibt, die nach Vollkommenheit trachten. Obenauers Betrachtungsweise ist in keinem Punkt „intellektualistisch“. Das offenbaren schon die Überschriften: „Die Könige im Märchen“ — „Sonnenaufgang“ — „Meduse“ — „Die Physiognomie des Todes“ — „Mephistopheles am Ende“ — „Die Liebe bildet“ usw. Auch belästigt den Leser nirgends philologischer Kleinkram. Die Betrachtung geht aufs Ganze, ihr Hintergrund ist die Welt. Rudolf Steiners Gedanken blitzen hier und dort auf, erhellen aber manch Gebiet, das bis dahin dunkel war. Den unentwegten Faust-Gläubigen wird Obenauers Buch eine Freude und ein Trost sein.

Ob wir wirklich von einem „Untergang des Abendlandes“ reden dürfen? Das mag jeder, der Spenglers Buch gelesen hat, für sich beantworten. Jedenfalls wird ihm auch der größte Optimist in manchem recht geben müssen. Wer wollte z. B. leugnen, daß sich die Familie, die Zelle des Volkskörpers, gegenwärtig in einem Zustande der Zersetzung befindet. Sie erfüllt schon lange nicht mehr ihre natürlichen Aufgaben, kann sie auch nicht erfüllen. Tausende von Kindern verkommen gerade in unseren Familien. Teilreformen (Kindergärten, Mutterschaftsrente, Laubenkolonien usw.) können den familialen Zusammenbruch nicht aufhalten. Großzügiger Neubau tut not. Vor allem auch Änderung unserer Stellung zur Geschlechterfrage. Aufklärend und aufrüttelnd wirkt im Dienste der neuen Familie H. Ellies Buch: **Moderne Gedanken über Liebe und Ehe.** (Leipzig, Verlag Curt Kabitzsch, 1924.) Schlicht, aber sehr lebendig, behandelt der Verfasser das Verhältnis der Kinder zu den Eltern, der Ehemänner zu den Ehefrauen, des Individuums zur Rasse; wir finden Treffliches über den Begriff der Reinheit, den Zweck der Ehe, das Liebesspiel des Menschen. Havelock Ellis, ein Engländer, ist Sexualpsychologe von Weltruf. Seine Schriften sind in vielen Sprachen übersetzt. Das klassische deutsche Buch bleibt immer noch Riehl, **„Die Familie“**. Es ist der dritte Band der berühmten „Naturgeschichte des deutschen Volkes“, kam 1854 heraus und hat bis in die Gegenwart zahlreiche Neuauflagen erlebt. Die ersten hundert Seiten behandeln das Problem „Mann und Weib“, der Hauptteil geht den Beziehungen von Haus und Familie nach. Eine der vielen Ursachen des Verfalls der Familie ist die Wohnungsnot, die wiederum bedingt wird durch die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und — durch das herrschende Bodenunrecht. Der Boden, der Volksheiligtum sein sollte, ist zur Ware erniedrigt worden, mit der man schachern und wuchern kann. Daher der hohe Wohnungszins schon in den „goldenen“ Vorkriegszeiten, daher die engen Stiegen und schmalen Zimmer der Mietskasernen, die in Wahrheit die Gräber der Volksgesundheit sind. Der uns auf den Zusammenhang von Boden und Familie aufmerksam machte, war Adolf Damaschke, der „Bodenreformer“, der geistige Vater der Heimstättenbewegung. Seine Schriften (so großartig klar und so vorbildlich deutsch geschrieben!) sind die meistgelesensten der deutschen sozialwissenschaftlichen Literatur. Unser Bücherschrank hat nur die **„Aufgaben der Gemeindepolitik“**. Das Buch (288 S.) ist nicht allein für Bürgermeister und Gemeindevorsteher geschrieben, jeder kann es mit Gewinn lesen. Es behandelt die Bildungsfragen unserer Zeit, Arbeiterfragen, Mittelstandsfragen, Wohnungsfragen u. a. m. Mit einem Wort: Es schärft den Blick für ein Gemeindeleben im Geiste der Brüderlichkeit.

„Die Heimstättenfrage im Lichte der Geschichte“ behandelt Dr. Eduard Meyer in Heft 67/68 der „Sozialen Zeitfragen, Beiträge zu den Kämpfen der Gegenwart“. (Herausgegeben von Adolf Damaschke. Verlag: Gebr. Mann, Berlin 1924.) Er zeigt, wie durch eine richtige Gestaltung des Grundbesitzes uns seine Verteilung unter die vom Boden losgelöste Bevölkerung unser soziales Leben gesunden kann und schildert die beherzigenswerten Vorgänge, die sich in der Geschichte des Altertums und in der Neuzeit auf den britischen Inseln und in Nordamerika auf bodenreformerischem Gebiete abgespielt haben. Die Schicksalsverbundenheit von Boden und Mensch dichterisch gestaltet hat Alfred Katschinski in seinem Adolf Damaschke gewidmeten Ostlandroman **„Der Bauerndoktor“**. (Kafemann, Danzig. 1924.)

Familiennot ist zum großen Teil - „Jugendnot“. Wer da meint, „Jugendnot“ wäre Phrase, dem werden die Augen aufgetan durch die Vorträge, die im Oktober 1922 in Berlin auf einer Schulreformtagung gehalten wurden. Sie sind als Buch unter dem Titel **„Jugendnot“** von Gerhard Danziger und Siegfried Kawerau herausgegeben (Verlag E. Oldenburg, Leipzig) und stellen dringende Aufgaben vor das Gewissen der Zeit, so umfassend wie möglich. (Erster Tag: Jugend und Familie. Zweiter Tag: Jugend und Gesellschaft. Dritter Tag: Jugend und Menschheit.) Jede Zeile atmet den Geist der Jugendbewegung. Wenn wir im Sinne dieses Buches praktische Gegenwartsarbeit leisten, dann werden Tausende und Abertausende von Familien wieder das erleben, was unser Jubiläumsdichter Jean Paul (gest. 14. 11. 1825) „häusliches Freudenspiel“ genannt hat. Jean Paul war seinen Zeitgenossen ein Meister im Schildern des „Vollglücks in der Beschränkung“. Sein „Siebenkäs“ und sein „Leben des vergnügten Schulmeisterleins Maria Wuz“ sind humorvolle Idyllen. Von Jean Pauls Werken besitzt unsere Bücherei die feurigen Jugendromane **„Hesperus“**, **„Die unsichtbare Loge“** und die Satire **„Aus des Teufels Papieren“**. Eine **„Auswahl aus Jean Pauls Schriften“** für den heutigen Leser hat Herbert Eulenberg besorgt und launig eingeleitet. Derselbe hat auch in seinen **„Schattenbildern“** ein köstliches Porträt dieses „seltsamsten aller Deutschen“ entworfen. Und mit einem Vorwort-Vers aus diesen „Schattenbildern“ wollen wir unseren ersten Büchersermon schließen:

Steigt alle ein! Wir wollen endlich fahren,
Mein Schifflein. Büchlein treibt an viele Küsten,
Ihr kennt die Wonne nun und die Gefahren,
So mögt ihr euch und eure Seelen rüsten.

Willi Damaschke.

Bücherschau.

Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet Polens

wird von Paul Dobbermann, dem Leiter der Schulabteilung des Zentralsejmbureaus in Bromberg und wohl dem besten Kenner unserer schulpolitischen Verhältnisse, in einer Schrift von 191 Seiten behandelt, die im Verlag der Historischen Gesellschaft in Posen soeben erschienen ist. Die Schrift hat folgende Kapitel: 1. Schularten. 2. Die Neuordnung und das Prinzip der nationalen Trennung. 3. Auflösung und Umbildung von Schulgemeinden. 4. Entziehung von Schulgrundstücken. 5. Versuch einer Unterbindung des Prinzips der nationalen Trennung durch neue gesetzgeberische Maßnahmen. 6. Statistische Erfassung des deutschen Schulwesens. 7. Die Linie der polnischen Minderheitenschulpolitik. 8. Kompensations- und Repressalienpolitik. 9. Gedanken über die wahre Minderheitenschule. 10. Deutsche Organisationen zur Befürsorgung der deutschen Schulbelange. 11. Schulpflicht. 12. Schulverwaltung. 13. Der Religionsunterricht in den Minderheitsschulen. 14. die polnische Sprache in deutschen Schulen. 15. die deutschen Lehrerbildungsanstalten. 16. Der Lehrer. 17. Das deutsche Privatschulwesen. 18. Anhang von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen.

Das Buch gibt über die Materie, die sie im Titel ankündigt, eingehenden Aufschluß nach vier Seiten hin, nämlich über die tatsächliche Lage der einzelnen Schulgebiete, den zeitlichen Gang der Entwicklung, die schulpolitischen Vorgänge, die Substanz der Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die auf das Schulgebiet gelten. In den ersten 10 Kapiteln überwiegt die schulpolitische und historische Tönung. Die gesetzmäßige Grundlage des deutschen Schulwesens ist in allen Kapiteln benutzt und in dem letzten ist noch eine besondere Zusammenstellung der Gesetze und Bestimmungen im Umfange von 40 Seiten gegeben. Sehr wertvoll ist auch an dem Buche, daß es die Interpellationen der deutschen Abgeordneten in bezug auf das Schulwesen und die Antworten des Ministers bringt, so daß man einen klaren Einblick in die Arbeiten und Erfolge auf dem Gebiete des Schulwesens gewinnen kann. Das Buch wird dem Interesse der verschiedensten Menschen, die sich über das Schulwesen bei uns informieren wollen, dienen können. Wesentlich ist vor allen Dingen, daß das Buch einwandfreies statistisches Material bringt und ferner, daß es als **Hand- und Nachschlagebuch über die geltenden Gesetze und Bestimmungen von jedem benutzt werden kann**, der diese Gesetze und Bestimmungen in polnischer Sprache nicht zu lesen vermag. Wir wünschen dem Buche einen guten Weg.

Briefkasten der Redaktion.

N. W. E. Umgerechnet auf 60 Prozent beträgt das Kapital 4370,40 Zł. Nach der Umrechnung können Sie höhere Zinsen beanspruchen — zulässig bis 24 Prozent —, aber Sie müssen sich mit dem Schuldner über die Höhe verständigen.

H. J. W. in M.-L. Die Frage ist strittig, und wir möchten uns für den Erfolg einer evtl. Klage nicht verbürgen. War die Bank fest mit dem Boden, mit der Mauer oder mit anderen Bänken verbunden, so ist sie Zubehör des Grundstücks geworden, und Sie haben das Verfügungsrecht darüber verloren. Aber auch davon abgesehen, erscheint uns Ihr Standpunkt anfechtbar.

O. E. 14. Das Recht, sich hier ein Zimmer zu mieten, kann Ihnen niemand bestreiten. Die Vermieterin meldet Sie an unter Darlegung des Sachverhalts. Das ist Sache der Vermieterin.

F. K. 100. Sie haben an Kapital 60 Prozent = 365,40 Zł. zu verlangen und nicht 105 Zł. Die Zinsen müssen Ihnen von dem Ihnen zugebilligten Prozentbetrage nachgezahlt werden, soweit sie nicht verjährt sind. Sie können nach der Umrechnung höhere Zinsen verlangen, müssen sich aber über diesen Punkt mit dem Schuldner einigen evtl. unter Zuhilfenahme des Gerichts. Das Kapital können Sie nach ordnungsmäßiger Kündigung zurückverlangen.

Schr. in Kow. Der Bürgermeister ist dazu nicht befugt. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den Starosten.

Kcynia 7. Die Aufwertung derartiger Einlagen erfolgt nach dem Vermögensstand der einzelnen Kassen. Es ist deshalb zweckmäßig, daß Sie sich direkt an die betr. Kasse um Auskunft über den Stand der Aufwertungsfrage wenden.

L. Kr. in Gr. 800 000 polnische Mark hatten im Mai 1920 einen Wert von 26 666 Zł.

E. F. 1. Auf 15 Prozent umgerechnet = 1254,90 Zł. 2. 60 Prozent = 2100 Zł.

„Iris“ Toruń. Wenn es sich um eine Hypothek handelt, werden die 10 000 Mark mit 15 Prozent = 357 Zł. aufgewertet, wenn das Darlehn aber auf Schuldschein gegeben ist, beträgt die Aufwertung nur 10 Prozent = 238 Zł. Über die Zinsfrage kann Auskunft nicht erteilt werden, da uns über die Art der Schuld nichts bekannt ist.

O. W. Die 8000 Mark betragen umgerechnet 133,20 Zł.

Nr. 29. Sie sind rechtskräftig nicht wegen einmaliger, sondern wegen mehrmaliger Grenzüberschreitung verurteilt. Auf Grund der Verordnung des Staatsverteidigungsrats vom 20. 7. 1920 (Dz. Ust. Nr. 64, Poz. 426) war die Wojewodschaft befugt, Sie aus der 30 Kilometer-Zone auf 1 bis 3 Jahre auszuweisen. Das ist die Rechtslage, und daran ist nichts zu ändern, nachdem die letzte Instanz, der Innenminister, Ihre Beschwerde abgelehnt hat. Die uns übersandten Papiere senden wir Ihnen per Post zurück.

H. K. Die Forderung ist wertlos. Derartige Forderungen werden nur aufgewertet, wenn sie vor dem 1. Januar 1922 entstanden sind.

J. B. in M. Wir sind beim besten Willen aus dem Wirrwarr von Namen und Summen nicht klug geworden.

E. S. in Z. 1. Diese Hypothek ist eine Darlehnshypothek, die mit 15 Prozent aufgewertet wird. 2. Im zweiten Falle sind die 8400 Mark, die Sie dem Schuldner bar geliehen haben, mit 10 Prozent, dagegen die 1600 Mark als Kaufgeld mit mindestens 60 Prozent aufzuwerten. Von Kindergeld ist hier keine Rede.

A. B. Sie können die erstere Hypothek vor dem 1. 1. 27 nicht einfordern; die zweite Hypothek können Sie dagegen nach ordnungsmäßiger Kündigung gleich zurückfordern. Nach der Umrechnung können Sie in beiden Fällen einen höheren Zinsfuß (bis 24 Proz.) fordern, die Höhe muß aber mit dem Schuldner vereinbart werden.

Th. Sch. Die 5000 Mark werden auf 15 Prozent = 22 Zł. aufgewertet. Sie brauchen diesen Betrag vor dem 1. 1. 27 nicht zu zahlen. Die Zinsen sind nicht der Rede wert — im ganzen 3,85 Zł. Wollen Sie das Geld schon jetzt zahlen, etwa durch die Post, so bedürfen Sie nach der neuesten Verordnung der Genehmigung der Izba skarbowa in Posen. Es empfiehlt sich aber, sich zuerst mit dem Gläubiger in Verbindung zu setzen.

W. G. in G. 1. Die 3000 Mark waren Ende August 1919 nach dem Dollarkurs 21,12 = 142 Dollar. Der heutige Wert in Złoty 160,65 Zł. 2. Die deutschen Sparkassen werten auf nach ihrem Vermögensstand; die Summe soll mindestens $12^1/_2$ Prozent des Goldmarkbetrages erreichen.

Nr. 7. 6. 4. 1. Die 1000 Mark werden, wenn es sich wirklich um Kindergeld handelt, mit 60 Prozent aufgewertet. 2. Wenn die betr. Genossenschaft nicht ausdrücklich bei der Annahme des Geldes einen Vorbehalt gemacht hat, dann sind Sie zur Nachzahlung nicht verpflichtet. 3. Die 8400 Mark werden gleichfalls mit 60 Prozent aufgewertet.

P. P. 500. 1. Ihre Miete beträgt für das 4. Quartal d. J. 87 Prozent der Vorkriegsmiete. 2. An den früheren deutschen Kronprinzen. Für die Anrede, die früher „Kaiserliche Hoheit“ war, bestehen keine Vorschriften.

J. K. in S. 1. Sie haben an Kapital zu zahlen 15 Prozent = 535,65 Zł. Die Zinsen (von dem umgerechneten Kapital) müssen Sie sich selbst berechnen. 2. Von den 3000 Mark (Goldwert nur 714 Zł.) sind 60 Prozent = 428,40 Zł. zu zahlen. 3. Zweimaliger Rückstand mit der Miete ist Kündigungsgrund.

Ph. Schn. 3. 1. Wenn Sie die Schuld übernommen haben, müssen Sie 60 Prozent zahlen. Da die Zinsen bezahlt sind, braucht ja darüber nicht weiter gesprochen zu werden. 2. Tatsächlich besteht ein solches aus der letzten deutschen Zeit herrührendes Gesetz, das hier durch das Oberste Warschauer Gericht bestätigt worden ist; es ist deshalb nichts dagegen zu machen.

J. B. in S. Die richtige Umrechnung ist folgende: Kapital 2777,70 Zł. Zinsen für $1^3/_4$ Jahr, die zum Kapital geschlagen werden: 242,90 Zł. Was Ihnen der Deutsche Ostbund geschrieben hat, sind nicht die polnischen Zinsbestimmungen, sondern die deutschen, die in Polen nicht in Betracht kommen.

B. B. in B. Ja, auch Sie müssen nach dem Gesetz die Patentsteuer bezahlen, auch wenn Sie keinen Gehilfen beschäftigen. Das Alter spielt dabei keine Rolle.

Nr. 101. J. S. Mit 60 Prozent des Goldbetrages. Die Zinsen wie vereinbart. Nach der Umrechnung können höhere Zinsen vereinbart werden.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 221.

Der Tod des Fakirs Baba Dwar Kapuri.

Der in Indien als heilig angebetete Asket und Fakir Baba Dwar Kapuri ist unter besonders tragischen Umständen gestorben. Der berühmte Fakir ist ein Opfer seines religiösen Fanatismus geworden. Um die Qualen zu verstärken, die er sich auferlegte, ließ Baba Dwar Kapuri sich in einer Metallkiste begraben, aus der er nach Verlauf von zwei Tagen wieder herausgenommen werden sollte; aber er starb in der Kiste.

Baba Dwar Kapuri war ein Hungerkünstler ersten Ranges. Um seiner religiösen Überzeugung zu genügen, hatte er nicht Tage oder Wochen, sondern über einen Monat gefastet. Er hat 50 Tage gefastet und in diesem Zeitraum nur zweimal eine Handvoll eines exotischen Nahrungsmittels zu sich genommen, das die hungernden Fakire gleichsam als Reizmittel der Lebenskraft brauchen. Als Prophet und Wahrsager war Baba Dwar Kapuri weit und breit bekannt, und er wurde zuletzt von seinen Stammesverwandten für einen jüngeren Buddha angesehen.

Vor einiger Zeit beschloß er, sich lebendig begraben zu lassen. Mit diesem Fakirkunststück wollte er die Göttin Kali ehren, deren großer Festtag „Samathi“ gerade gefeiert werden sollte. Das Kunststück, sich begraben zu lassen und die Kiste lebendig wieder zu verlassen, wird oft von Fakiren ausgeführt, aber das Experiment ist lebensgefährlich. Baba Dwar Kapuri wollte zum erstenmal diesen Versuch wagen.

Der Beerdigung des Fakirs wohnte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge bei. Zwei jüngere Asketen gruben ein zwei Meter tiefes Loch. Dann wurde der Fakir, der bereits über zwei Wochen gefastet hatte, in die Kiste gelegt. Er ähnelte in diesem Augenblick nahezu einer Leiche, lag unbeweglich, beinahe ohne zu atmen, und der Herzschlag stockte fast. So wurde die Kiste in die Erde gesenkt und unter Absingung heiliger Gesänge das Grab zugeworfen.

Nach dem Wunsche Baba Dwar Kapuris sollte das Grab 48 Stunden später geöffnet werden. Während dieser Zeit hielten die zwei jungen Asketen Wacht am Grabe. Als endlich die vereinbarte Zeit kam, machten sie sich daran, das Grab wieder zu öffnen. Die Kiste wurde geöffnet; aber der Fakir rührte sich nicht, er war tot. Obgleich die religiösen Vorschriften verbieten, einen Arzt herbeizurufen, holten die beiden erschrockenen Wächter einen Arzt, der aber nur feststellen konnte, daß der Tod eingetreten war. Unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung wurde Baba Dwar Kapuri dann richtig beerdigt.

Der Tod des Fakirs hat vor dem Gericht ein Nachspiel gehabt. Die zwei jungen Menschen wurden von den Freunden des Fakirs bei der Obrigkeit verklagt, nicht die nötigen Verhaltungsmaßregeln angewandt zu haben, um den Tod des Fakirs zu verhindern. Sie rechtfertigten sich damit, daß die Beerdigung genau nach den Vorschriften Baba Dwar Kapuris ausgeführt worden sei. Nachdem einige Zeugen verhört waren, wurden die zwei Asketen freigesprochen.

A. G.

Das Wüstengrab einer Königin.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß eine französische wissenschaftliche Expedition in der Sahara ein Tempelgrab aufgefunden hatte, in welchem man Beweise für das Bestehen einer hohen Kultur gefunden haben wollte. Baron Byron de Prorok, der Leiter dieser Expedition, ist jetzt nach Algier zurückgekehrt und beschreibt diesen Fund, welcher nach dem des Tutankhamon-Grabes zu den bedeutendsten seiner Art zu zählen sein dürfte.

„Nachdem wir bereits einen großen Teil der Regionen von Log Hgar durchforscht hatten, gelangten wir in die Nähe von Tamanrasset. Dort gelang es uns, ein Grab von gewaltigen Ausmaßen unter dem Sande auszugraben, welches am besten mit dem berühmten Grabe der „Christin“ in Blida verglichen werden kann. Als wir das Grab geöffnet hatten, verstummten wir vor Bewunderung: wir befanden uns im Grabe der Königin Tinhanan. Welcher Glanz! Welche Erhabenheit und Schönheit! In ihrem Sarkophage lag die Königin wunderbar erhalten und mit Opferstreifen bedeckt. Ein goldenes Diadem, mit Sternen verziert, umschloß ihren feinen Kopf. Ihren Hals zierten fünf Kolliers aus Edelsteinen und die Arme umschlossen achtzehn Armbänder, von welchen neun aus Gold und neun aus Silber waren. Der ganze Grabraum enthielt ein Mobiliar feinster Schnitzarbeit, jedenfalls das Werk der hervorragendsten Künstler dieser Zeiten. Eine Unzahl von Toilettegegenständen, wahre kleine Kunstgegenstände, und Tausende von jenen kleinen Nichtigkeiten, welche eine Dame umgeben, fesselten lange Zeit unsere Neugier, ebenso wie eine Menge von Schmuckgegenständen aus Kupfer und irisiertem Glase.

Um den Sarkophag herum waren Haufen von Edelsteinen: Smaragden, Rubinen, Onyx, Achat und andere aufgeschichtet, welche Lichtarten verbreiteten. Auf einer feinen goldenen Säule, in eleganten und schönen Linien gehalten, standen feinziselierte Krüge, in welchen sich Wegzehrung für das Jenseits befand.

Wir fanden auch eine prachtvolle Venus aus Stein, etwa 30 Zentimeter hoch, welche aus der Epoche von Aurignac stammen muß und welche wir „Libysche Venus“ tauften, mir scheint, die einzige ihrer Art auf der Welt.

Alle diese Reichtümer sind von uns in 46 große Kisten verpackt worden, welche wir mitgebracht haben, — um sie der Regierung von Algier zum Geschenk zu machen.“

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädels

zeigen hocherfreut an 9888

Paul Leß
u. Frau Gertrud geb. Cohn

Danzigerstraße 134.

Die glückliche Geburt eines gesunden Stammhalters zeigen in dankbarer Freude an 9862

Karl

Arnold Schallhorn
u. Frau Marta geb. Schroeder.

Langenau, den 12. Dez. 1925.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß starb heute nachmittag 6 Uhr nach langer, mit christlicher Geduld getragener Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter 14236

Julianna Greh

geb. Ritz

im Alter von 74 Jahren, 2 Monaten.

Reinhold Schulz
Paul Warmbier
Wilhelm Greh
Maria Stege geb. **Warmbier**
Emma Rahn geb. **Schulz**
Klara Wachholz geb. **Schulz.**

Kościerzyn Wielki, den 13. Dezember 1925.

Begräbnis am Sonnabend um 2 Uhr vom Trauerhause.

Von 9—2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obrońca pryw.)

Von 4—8 Promenada 3
13535

Oeffentl. Ankauf.

In einer Streitsache kaufe ich vom Mindestfordernden auf fremde Rechnung am **Sonnabend, den 19. d. Mts.,** um 15 Uhr, im Saale des Hotels „Pod Orłem"

15 tons Hafer

an. 14246

W. Junk,
zaprzysiężony senzal handlowy przy Izbie Przemysłowo-Handlowej w Bydgoszczy.

Rechtshilfe

Neumann, Bydgoszcz,
Mazowiecka (Heinestr.) 9.

Erledigung sämtlicher Verwaltungs-, Zivil-, Straf-, Steuer-, Wohnungs- u. Hypotheken-Sachen, Korrespondenz jeder Art, Uebersetzungen aus dem Polnischen u. Russischen ins Deutsche u. umgekehrt. Laufende Führung ganzer Buchhaltungen usw. 13726

Eilboten-Dienst

u. Gepäckbeförd. mit Handwagen u. Pferdegespann

erledigt prompt :-. und billig :.-:

„Kurjer"
ul. Parkowa 2-3
Telefon Nr. 1529.

9847

Briketts Briketts

Holz
Kohlen
Hüttenkoks

Gebr. Schlieper

Gdańska 99.

Tel. 306
u. 361.

Briketts Briketts

13511

Klavierstunden
für Anfänger werden erteilt **Hetmańska 7,** 1 Treppe, links. 7179

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Landwirtschaftl. Kalender
von Mentzel u. Lengerke, Trowitzsch u. Kühn

Jagdkalender Wild und Hund, Gartenkalender
Pareys u. Neudamms Jagdabreißkalender

Schlipf, Handb. d. Landwirtsch.
Krafft, Lehrb. d. Landwirtsch.
Böhme. Landwirtsch.-Lehrling
Hegendorf, Gebrauchshund
Oberländer, Gebrauchshund
Born-Müller, Pferdekunde
Oettinger, Pferdezucht
Heubners Landwirtsch. Tierheilkunde
Steuert, Gesundes u. krankes Haustier
Pfeiler, Lehrbuch d. Schweinezucht mit Anhang Krankheiten d. Schweines
Neudammer Förster-Lehrbch.
Dombrowski, V. hoh. Waidwerk
Diezels Niederjagd
Die hohe Jagd
Raesfeld, Das Waidwerk
Raesfeld, Das Rotwild
Raesfeld, Die Hege
Colditz, Im Reiche d. Kondor
Otto, In Kanadas Urwäldern
Aschenborn, die Farm im Steppenlande
v. Gagern, Birschen und Böcke
Kapherr, Möff Pürzelmann
Steinhardt, Räubervolk.

Außer obigen Werken sind die bekanntesten **Handbücher für Land- u. Forstwissenschaft u. für Jäger** am Lager. Postbestellungen werden sofort erledigt. Interessenten erhalten auf Wunsch die Werbeschrift „Nimm u. lies" kostenlos zugesandt.

Arnold Kriedte, Grudziądz
Mickiewicza 3. 14227 **Telefon 85.**

Die Ladenpreise für meine Fabrikate

sind bis auf weiteres folgende: 14228

Mixin-Seife p. Stck.	à ca. 250 gr.	60 gr	
Elfenbeinseife	„ 250	„ 70	„
Mixin-Seifenplv. p. Pck.	à 400	„ 70	„
Bravo- „ „ „	400	„ 55	„

Ernst Mix, Seifenfabrik.



Nach Nord-Amerika und Canada. Hamburg-New York ca. wöchentlich. Abfahrten. Gemeinsamer Dienst mit **United American Lines**

Nach Süd-Amerika (Brasilien, Argentinien, Westküste), Cuba-Mexico, Westindien, Afrika, Ostasien usw. in Verbindung mit anderen Linien

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung.

Auskünfte und Drucksachen über Fahrpreise und Beförderungsmöglichkeit durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG, Alsterdamm 25 und deren Vertreter

an allen größeren in- u. ausländischen Plätzen.

13208

Geldknappheit

zwingt Sie, für Ihre

Weihnachts-Geschenke

nur wenig zu zahlen. 13820

Strickwaren:

Wollene Kindermützen „alle Farben"	1.50
Seidene Schals „neue Muster" . . .	2.95
Damen-Handschuhe „reine Wolle" .	3.50
Woll-Schals „einfarbig gestreift" . .	3.50
Wollene Damenmützen „gehäkelt" .	4.50
Wollene Kindersweater „alle Farben"	4.75
Gestr. Knabenanzüge „sehr haltbar"	8.75
Wollene Herrensweater „braun" . .	8.75
Wollene Strickjacken „Schlager" . .	9.75
Kinderkleider „gestrickt"	9.75
Damen-Strickjacken „mit Seide" . .	16.50

Warme Schuhe:

Kinder-Stoffschuhe „Gummisohle" .	4.50
Kind.-Kamelhaarschuhe „Ledersohle"	5.75
Dam.-Kamelhaarschuhe „Ledersohle"	8.50
Kinder-Schneestiefel „Ledersohle" . .	8.75
Kinderstiefel „Pelzbesatz"	12.50
Damenstiefel „Pelzbesatz"	16.50
Damen-Schneestiefel „Pelzbesatz" . .	16.50
Leder-Schneestiefel „Pelzbesatz" . .	28.50

Leder-Schuhe:

Kinderstiefel „Handarbeit"	7.50
Kinder-Lackschuhe „elegant"	9.75
Damen-Chevreauxschuhe „franz. Abs."	12.50
Damenstiefel „Warsch. Fasson" . . .	12.50
Frauenstiefel „genäht"	12.50
Damenschuhe „Lackkappe"	12.50
Herrenstiefel „Handarbeit"	16.50
Herrenstiefel „Lackkappe"	22.50
Damen-Lackschuhe „Neuheiten" . . .	22.50
Damen-Lackschuhe „la Fabrikat" . .	28.50

Kleider:

Kinderkleider „Cheviot" blau, rot .	6.75
Damenkleider „Wollstoffe"	9.75
Damenkleider „reich bestickt"	19.50
Damenkleider „Waschseide"	19.50
Damenkleider „reine Wolle"	28.50
Damenkleider „Sammet"	48.50
Damenkleider „Modelle"	58.50

Mäntel:

Kindermäntel „Winterstoffe" . . .	12.50
Kindermäntel „Plüsch"	28.50
Damenmäntel „Tuch"	38.50
Damenmäntel „Flausch"	38.50
Damenmäntel „Affenhaut"	58.50
Damenjacken „Pelz-Imit."	98.00
Woll-Plüschmäntel „ganz gefüttert"	118.00
Seiden-Plüschmäntel „Seidenfutter"	158.00

Gelegenheitskäufe:

Kinderschürzen „Satin"	3.50
Seidenflorstrümpfe „Auslandsware"	3.50
Damenstrümpfe „1a Kunstseide" . .	4.75
Plüschpantoffel „Ledersohle"	4.75
Damen-Trikot „Reform"	4.75
Damen-Hemden „Madapolam" . . .	4.95
Damen-Nachthemden „Hohlsaum" .	7.95
Damen-Pelzkragen „ca. 120 lang" .	48.50

„Mercedes" Mostowa 2.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Bromberg.

Sitzung

am Sonnabend, den 19. Dezember 1925
nachmittags 3 Uhr
im Zivilkasino zu Bydgoszcz.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. **Vortrag** des Herrn **Dr. Krause**-Bydgoszcz, Leiter der Pflanzenschutzstelle der W. L. G.
3. Besprechung wichtiger Tagesfragen.
4. Geschäftliches und Anträge aus der Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht. 9865

Der Vorsitzende: Falkenthal.

Amtsblatt für die Wojewodschaft Poznań Nr. 41, Abs. 524 vom 10. Oktober 1925.

Polizei-Verordnung

betreffend die Verpflichtung, Speinäpfe in öffentlichen Lokalen aufzustellen.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) als auch der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Staatsverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung S. 195) verordne ich im Einvernehmen mit dem Wojewodschafts-Verwaltungsgericht für den ganzen Bereich der Wojewodschaft Poznań was folgt:

§ 1.

In allen öffentlichen Lokalen, in denen Ansammlungen des Publikums stattfinden, oder in dem das Publikum verkehrt oder sich aufhält, müssen Speinäpfe in genügender Anzahl aufgestellt sein, welche mit desinfiziertem Wasser angefüllt sein müssen.

Diese Verordnung betrifft insbesondere: Hotels, Restaurants, Gast- und Speisewirtschaften, Konditoreien, Café's, Ausschanks, Pensionate aller Art, Theater, Kinos, geschlossene Räume, wo Schaustellungen stattfinden, Büros, Verkaufs- u. Fabrikräume.

§ 2.

Das Speien auf den Fußboden in diesen Räumen und Lokalen ist streng verboten.

§ 3.

Die vorstehende Verordnung ist in jedem oben erwähnten Lokal an einer sichtbaren und zugänglichen Stelle anzubringen.

§ 4.

Uebertretungen dieser Verodnung unterliegen einer Arreststrafe, sofern gegebenenfalls nicht die Vorschrift des § 327 des Straf-Gesetzbuches vom 15. Mai 1871 Anwendung findet.

§ 5.

Obige Verordnung tritt mit hem Tage der Veröffentlichung in Kraft. 14209

Poznań, den 2. Oktober 1925.

Der Wojewode.

(—) **Bniński.**

L. dz. 12607/25. III.

Obige Verfügung gebe ich den Interessenten zwecks Befolgung bekannt, mit dem Bemerken, daß die laut § 3 in den Lokalen 2c. auszuhängenden Plakate im hiesigen Polizei-Verwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 10, kostenlos erhältlich und unverzüglich abzuholen sind.

Bydgoszcz, den 7. Dezember 1925.

Städt. Polizei-Verwaltung.

(—) **Hańczewski,** radca miejski (Stadtrat.)

Sprzedaż przymusowa.

Dnia 16. 12. 1925 r., o godz. 11½, przed poł., będę sprzedawał przy **ul. Chwytowo 16,** najwięcej dającemu i za gotówkę:

1 kanapę i 6 krzeseł, 1 fotel, 1 stół, firany, 1 obraz, 1 lustro, 1 bufet, 1 zegar, 1 maszynę do szycia, 1 garnitur koszykowy, 1 stół i 9 krzeseł, 1 szafę do rzeczy, biurko, kanapę, 1 etażerkę.

Malak, 14232
komornik sądowy w Bydgoszczy.

Przymusowa sprzedaż.

W czwartek, dnia 17. grudnia o godzinie **11 przed poł.** będę sprzedawał **w Bydgoszczy przy ul. Jana Kaźmierza 1, w firmie Merkur** najwięcej dającemu i za gotówkę:

6 kartonów

różn. haftów

Preuschoff, komornik sądowy w Bydgoszczy.

Przymusowa sprzedaż.

W piątek, dnia 18 grudnia 1925, o godz. 10 przedpoł. będę sprzedawał **w Bydgoszczy, przy ul. Gdańskiej 165,** we firmie **Głazik,** najwięcej dającemu i za gotówkę:

Wszystkie towary krótkie jak: **bielizna męska, damska, dziecięca, trykotaże, rękawiczki, pończochy, koronki, hafty i różne inne rzeczy oraz urządzenie składowe.**

Towary będę sprzedawał tylko hurtownie lub **cały interes w całości.** Do objęcia potrzeba **55 000 zł.**

Preuschoff, 14233
kom. sądowy w Bydgoszczy.

Schenkt Noten zu jedem Fest!

Elegante Geschenkbände und Einzelausgaben von

Musikalien für Gesang — Klavier — Geige — Laute und andere Instrumente.

Musik-Alben von Bach, Beethoven, Chopin, Mendelssohn, Mozart, Schubert, Schumann, Strauß, Wagner.

Tanz-Operetten u. Schlager-Alben:

Zum 5 Uhr-Tee Bd. 5
Zum Tee und Tanz Bd. 7
Musik, Edelsteine Bd. 10
Sang und Klang Bd. 10
Junges Volk beim Tanz
Die goldene Geige
Was die Wandervögel singen
Lieder zur Laute und Gitarre

sowie alle anderen bekannten Musik-Alben u. Sammel-Werke sind stets am Lager. 14177

Postsendungen werden sofort erledigt. Interessenten erhalten auf Wunsch die Werbeschrift „Neue Noten" kostenlos zugesandt.

Arnold Kriedte, Grudziądz
Mickiewicza 3 Telefon 85

Kino Kristal

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:
Der erfolgreiche
Ellen-Richter
Sensations-Abenteuer-Film

Der Flug um den Erdball

— II. letzter Teil. Schluß. —

10 AKTE 10

Dieser II. Teil übertrifft den I. Teil bedeutend und ist auch für den Besucher, der den I. Teil nicht gesehen, voll verständlich.

Außerdem:
Der unvergleichliche Humorist
Ridolini
in einer seiner neuesten und besten Darbietungen in der 2-akt. Groteske
Der Junge für Alles

Beginn: 6,35, 8,35.

Fotografien **Passbilder**

zu staunend billigen Preisen liefert sofort

Centrale für Fotografien
nur Gdańska 19. 13743

Biberschwänze und **Firstziegel,**
Hartgebrannte Ziegelsteine,
poröse Deckenziegel
• **Wandplatten**
„ **Langlochsteine**

liefert per Bahn und Kahn 13751

A. Medzeg,
Dampfziegelwerke,
Fordon-Weichsel.
Telefon 5.

Mehrere Tausend



Weihnachts-tannen!

Schöne Ware, solide Preise. — Verkauf in meiner Gärtnerei.

Jul. Roß,
Św. Trójcy 15 und Gdańska 13. — Tel. 48.

Auskunftshaus

14?06 **Eibenschütz,**
Krakau, Ringplatz 8.
Telegr.-Adr.: Eibenschütz.

Seit 1896 bestehend u. konzessioniert. In ganz Polen ausgezeichn. organisiert, erteilt geschäftl. u. Spezialauskünfte, empfiehlt Agenten u. Adress. f. d. Absatz u. Bezug von Waren.

Hanf-Seile 13958

für Fischereizwecke empfiehlt

B. Muszyński,
Seil-Fabrik, Lubawa.

Wer erteilt Anfänger
poln. Unterricht?
Off. mit Bedingung. u. **R. 9566** an d. Gst. d. Z.

Tel. 1775

Ia Oberschlesische
Kohlen
Hütten-Koks
sowie
Kloben-u. Kleinholz

empfiehlt: 13727

G. Schroeder
Inh. **O. Gloeckel**
ulica Pomorska nr. 16
Tel. 1775

Bydgoszcz — *Szubin*
Telefon Nr. 965 — *Telefon Nr. 4*

J. und P. Czarnecki
Dentisten
Zähne, Plomben, Brücken
Jagiellońska (Wilhelmstr.) 9
im Hause Luckwald Nachfl. 13474
Sprechstunden durchgehend von 9—5 Uhr.

Schreibmaschinen-Arbeiten
Uebersetzungen versch. Sprachen
erledigt prompt und billig 9874

„Kurjer" Parkowa 2-3
Telefon Nr. 1529.

Stühle
zum Flechten nimmt an
Braun, Dworcowa 6.

Stenographie
Stolze-Schrey ert. gut u. billig. Meld. u. D. 9740 an die Geschäftsst. d. Z.

„Eremitage"

A. Twardowski Nachf.

Długa 12 :—: **Tel. 130**

empfiehlt ab heute (Dienstag)

Schmackhafte Mittage und Abendbrote

90 gr aus 3 Gängen **90 gr**

Photograph. Kunst-Anstalt

F. Basche, Bydgoszcz-Okole

liefert **Weihnachtsarbeiten** nach Ihr. Geschmack

Spezial-Atelier für Kinderaufnahmen.

Anerkannt gute Ausführung. 13828

Waisenknabe
evangl., 5½ Jah., bess. Herk., als eigen abzg. Off. u. D. 14196 a. d. Gsch.

Lohn. Vertretung
f. Ia Gebr.-Art. z. verg. **G. Hofmann, Nürnberg,** Obere Baustr. 41. 14109

Mittage 80 gr
Bar Angielski,
Gdańska 165. 13585
Konzert.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Sonntag, d. 20. Dezbr.,
nachmittags 3 Uhr
zum letzt. Male
zu klein. Preisen

Wilhelm Tell

Schauspiel
von Friedr. v. Schiller.

Eintrittskarten bis einschl. Sonnabend in Johne's Buchhandlng. und Sonntag v. 11—1 Uhr und von 2 Uhr nachmittags an der Theaterkasse. 14208

Platzkarten haben keine Gültigkeit.

Die Leitung.